

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Hauptstraße n. n. 32.

Tagessatz: 100 Heller
Nachdruck: 100 Heller

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Samstag, 6. Dezember 1924.

Beyags-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Beyag durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (1924).

Nr. 286.

Der Gewerkschaftskongress

Die größte deutsche Organisation in der Tschechoslowakei, zugleich die zweitgrößte gewerkschaftliche Organisation dieses Landes, tritt heute zu ihrem zweiten ordentlichen Kongress zusammen. Ihren Beratungen und Beschlüssen kommt für die gesamte deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakischen Republik große Bedeutung zu.

Die Rolle, welche die gewerkschaftlichen Organisationen im öffentlichen Leben spielen, ist heute eine ganz andere als vor dem Kriege. Nicht nur, daß sich die Gewerkschaften in allen Berufszweigen menschlicher Arbeit durchgesetzt haben, nicht nur, daß die vertragliche Lohnpolitik, der Abschluß von Kollektivverträgen, an die Stelle des individuellen Verhältnisses von Unternehmern und Arbeitern getreten ist, haben sich die Gewerkschaften Aufgaben gestellt, an die vor dem Kriege wohl nur die wenigsten gedacht haben. Gewiß wird die Regelung und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, der Kampf um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und überhaupt bessere Arbeitsbedingungen, stets die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bleiben. Solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht und die Arbeiter und Angestellten ihr Einkommen in der Form des Lohnes, die Kapitalisten in der Form des Profits erhalten, wird das Kräftemessen zwischen Kapital und Arbeit dahingehen, daß sich jede der beiden, in der gegenwärtigen Wirtschaft entscheidenden Mächten, von dem im Produktionsprozeß geschaffenen Wert einen möglichst großen Teil sichern wollen. Aber so wie unser Kampf nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft gilt, so sind die Aufgaben der Gewerkschaften nicht nur darauf gerichtet, den heute lebenden Menschen ein erträgliches Los zu schaffen. Die Gewerkschaften haben daher nach dem Kriege nicht nur ihre alten bedeutsamen sozialpolitischen Aufgaben, die Arbeiterschaft kampffähig zu erhalten, weiter erfüllt, sondern sind an die Lösung der großen Wirtschaftsprobleme unserer Zeit herangegangen. Ihre große Bedeutung besteht darin, die Arbeiterschaft zur Führung des Produktionsprozesses fähig zu machen und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen. Während der Kampf der sozialistischen Parteien aller Länder um die politische Macht geht und den Zweck hat, den Staatsapparat in den Dienst der Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus, das ist also in den Dienst der Menschheit zu stellen, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft zum Träger der menschlichen Wirtschaft zu machen. Die moderne Demokratie hat die Völker politisch zu gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht, die Demokratie des Sozialismus wird sie sozial zu gleichberechtigten Wirtschaftsbürgern machen. In den Arbeitern die wirtschaftlichen Fähigkeiten, die zur Beherrschung des Produktionsprozesses notwendig sind, zu wecken und zu fördern, ist Aufgabe derjenigen Organisationsform, die die Menschen nach ihrer Stellung in Wirtschaftsleben zusammenfaßt, eben der Gewerkschaften.

Seit dem Ende des Krieges haben die Gewerkschaften in der Tschechoslowakei ein paar Jahre aber noch mehr magere Jahre mitgemacht. 1919 und 1920 haben einen ungeahnten Aufschwung der Gewerkschaften gesehen, an den niemand früher auch nur zu denken wagte. Massenweise strömten die Arbeiter den Gewerkschaften zu, wie ein Blitz hatte der Gedanke der Solidarität in bis dahin gleichgültige Proletariatschichten eingeschlagen. Lohnbewegung auf Lohnbewegung folgte, große Erfolge waren den Gewerkschaften beschieden. Aber bald trat die jähe Wendung ein. Der Hochkonjunktur der beiden ersten Nachkriegsjahre, folgte die Wirtschaftskrise, welche die drei folgenden Jahre — 1921, 1922, 1923 — ausfüllte, die Arbeiter mußten das Errungene verteidigen, mußten einen furchtbaren Lohnabbau über sich ergehen lassen und viele, die nach dem Kriege zu den Gewerkschaften kamen, wendeten sich

Neue Warmnachrichten aus Aegypten

Ein angebliches Mordkomplott gegen britische Minister. — Sonderföhung des Kabinetts.

London, 5. Dezember. „Daily Mail“ meldet die Entdeckung einer Verschwörung in Aegypten zur Ermordung hervorragender Mitglieder des britischen Kabinetts.

London, 5. Dezember. Neuter erfährt, daß die Behörden tatsächlich Mitteilungen aus Aegypten erhalten haben, die anzeigen, daß den dortigen Behörden eine Meldung über beachtliche Attentate auf Mitglieder der britischen Regierung zugetragen wurden. Neuter erinnert daran, daß es Pflicht war, diese Berichte bekanntzugeben, wenn auch die Beweise nicht voll überzeugend waren. Die Situation in Aegypten ist ruhig.

London, 5. Dezember. Die Mitteilung der „Daily Mail“ über die Entdeckung eines Komplottes zur Ermordung hervorragender Mitglieder des britischen Kabinetts behauptet, es beständen alle Anzeichen, daß das Komplott das Ergebnis der von der Wasd-Partei (nationalistische Partei Zaglal Paschas) eingeleiteten und geföhrten Propaganda sei. Die Nachricht über die Entdeckung sei in einem von Lord Allenby an das Foreign Office gesandten Telegramm enthalten. Infolge dieser Depesche sei sofort eine Sonderföhung des Kabinetts einberufen worden. Nach deren Beendigung wurde eilrig eine Konferenz der Polizeileiter einberufen und Befehl erteilt, die

Generalföreit in Lodz.

Lodz, 5. Dezember. Der gestern angekündigte Generalföreit in Lodz hat heute begonnen. An dem Streike nehmen auch die Arbeiterschaft der Gas- und Elektrizitätsanstalten sowie die Funktionäre der Straßenbahnen teil. Die streikenden Arbeiter haben eine Straßendemonstration veranstaltet, an welcher ca. 50.000 Arbeiter teilnahmen. Die nach dem Wojwodschaftsgebäude führenden Straßen waren von einem starken Polizeiföordon abgesperrt.

Im Warschauer Arbeitsministerium fand heute eine neuerliche Konferenz statt, in welcher sowohl von den Vertretern der Arbeiterschaft als auch der Industriellen der von der Regierung vorgelegte Schiedsgerichtsvorschlag angenommen wurde.

Grubenunglück in England.

London, 5. Dezember. (Reuter.) In Wrexham in Nord-Wales kam es heute früh zu einer Grubengasexplosion, wobei neun Bergleute ums Leben kamen.

enttäuscht von ihnen ab. Sie begriffen nicht, daß in der Zeit der Krise die Macht der Arbeiterklasse notwendigerweise geringer sein müßte als in der Zeit der Konjunktur und sanken in ihre frühere Gedankenlosigkeit zurück. Was aber Kapitalismus und Kriege nicht vollumfänglich vermochten, das bezorgten die Kommunisten, die den Keim der Zwietsch in die Arbeiterschaft trugen, in einer Zeit, wo die geschlossene Front der Abwehr es allein ermöglicht hätte, das Errungene voll zu behaupten.

Der Gewerkschaftskongress findet in einer Zeit statt, in der die ärgsten Folgen von Kriege und kommunistischer Spaltungsarbeit überwunden sind. Wir sind wieder so weit, daß die Arbeiterschaft um eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung kämpft. Wenn auch die Unternehmer meinen, daß sie dieselbe Macht ausüben können, wie in der Zeit der Krise und Arbeitslosigkeit, wo jeder Arbeiter um seine Existenz fürchten mußte, wenn also jeder Erfolg mit größten Opfern erkauft werden mußte — es geht vorwärts, und wenn noch vor wenigen Jahren die kommunistische Agitation auf die Massen eine magnetische Wirkung ausübte, heute ist dem kommunistischen Fasching längst die Magenjammerstimmung des Nickermittwoch gefolgt. Siegreich bricht sich in den Massen die Wahrheit Bahn, daß die freien Gewerkschaften das Interesse der Arbeiter wirksam vertreten, und daß die Arbeiter durch die kommunistischen Experimente in Elend und Not, Niederlagen und Mißerfolge getrieben werden. So steht der Gewerkschaftskongress die Gewerkschaften im Zustande des wieder beginnenden Aufstieges.

Es gehört zu den stolzen Traditionen unserer Bewegung, daß, wiewohl Gewerkschaften und Partei frei in ihren Entschölungen sind, doch zwischen diesen beiden großen Organisationen der Arbeiterschaft das innigste Einvernehmen herrscht. Dieses Einvernehmen hat auch die Belastungsprobe ausgehalten, welche die Entstehung einer zweiten Arbeiterpartei, der

kommunistischen, für die Gewerkschaften bedeutete. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Karlsbad 1920 haben die Gewerkschaften in einer Erklärung ihren festen Willen kundgegeben, von den Bahnen ihrer bisherigen Politik nicht zu weichen. Nur dadurch, daß die Gewerkschaften den kommunistischen Spötern das Feld nicht überließen, konnte man in diesem Wirbelwinde der Geschwinne für die Arbeiterschaft jene Organisationen erhalten, ohne die sie eine leichte Beute habgierigen Unternehmerns geworden wären. Es ist nicht auszudenken, was aus der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates geworden wäre, wenn es den Kommunisten gelungen wäre, die trotigen Burgen der Gewerkschaften in Trümmer zu legen. So sind aber heute Partei und Gewerkschaften der feste Ball, an dem sich die Unternehmer in ihrem Bestreben, die Arbeiterschaft in die Rolle von Skoloten hinabzudrücken, immer wieder die Köpfe einrennen.

Deshalb, weil es uns bewußt ist, welches geschichtliche Verdienst sich am Deutschböhmens Arbeiterklasse die im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände erworben haben, welche ungeheure Fülle wertvoller, aufopfernder Arbeit in den vier Jahren seit dem letzten Gewerkschaftskongress von unseren gewerkschaftlichen Vertrauensmännern, die vielfach auch die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind, geleistet worden ist, begrüßt die Partei, begrüßt jeder Sozialdemokrat die in Karlsbad versammelten Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aus vollem Herzen. Mögen die Beratungen zum Heil der deutschen Arbeiterschaft ausschlagen, mögen die Beschlüsse dazu dienen, die Gewerkschaftsverbände zu stärken und zu neuen Kämpfen gegen ein ebenso rückwärtsloses wie rückständiges Unternehmertum zu rüsten. Und mögen die Beratungen auch dahin ausgehen, daß das enge Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften stets der Stolz unserer Bewegung bleibe!

Von deutscher Volksgemeinschaft.

Die Volksgemeinschaft! Sie ist das laut und unermüdblich verkündete Programm aller nationalen Parteien, und daß sie noch nie und nirgends zustande kam, ihr bitterster Schmerz. Ist's schon nicht möglich, sie durch Zusammenfassung der Parteien zu schaffen, so soll sie doch wenigstens Wirklichkeit werden innerhalb der Parteien und so ist denn jede nationale Partei zugleich auch eine Volkspartei, die alle Volksgenossen vom Großindustriellen bis zum Tagelöhner zu umfassen sucht. Hat nicht, um ihre Parteien den Brüdern Arbeitern recht heimisch zu machen, die „Deutsche Nationalpartei“ eigene Abteilungen für sie gegründet? Und sorgt sie nicht liebevoll dafür, daß „ihre“ Arbeiter von der Teilnahme an einem so gefährlichen Wagnis, wie es der Streik ist, bewahrt werden? Nicht minder fürsorglich als die deutschen Unternehmer hierzulande sind die in Deutschland. O. dort nehmen sich die deutschen Industriellen der volksbewußten Arbeiter noch viel eifriger an! Sie versuchen sogar arbeitslos gewordenen Arbeitern möglichst rasch wieder Stellungen zu verschaffen!

In einem Rundschreiben der Ortsgruppe Zwidau des Verbandes Sächsischer Industrieller werden die Fabrikanten dringend gebeten, in ihren Betrieben Stahlhelme — also zuverlässig national Geminte — einzustellen; es werden Techniker, Bauarbeiter, Maschinisten, Schlosser usw. genannt, die zur Verfügung stehen! Ganz, bis zum letzten Hauch! Da wird besonders warm empfohlen:

„Ein Maschinensührer, der willig bis 94 Stunden Wochendienst beim Zwidauer Bahnbau leistete, mit besten Zeugnissen und Referenzen.“

Ob der Mann, der willig sechzehn Stunden täglich arbeitete, dann noch die Kraft hatte, begehrt zu singen:

„Hakenkreuz am Stahlhelm,
Schwarz-weiß-rotes Band...“

Aber so willige Vierundneunzig-Stunden-Arbeiter werden doch sicher von den Volksgenossen „Arbeitsgöttern“ auch besonders gut entlohnt! Die von so streng volkischem Geiste erfüllte sächsische Unternehmerorganisation wird doch die Herren Fabrikanten auch auffordern, diese braven volkischen Arbeiter, mit denen in den Betrieben „starke nationale Ordnungszellen“ geschaffen werden sollen, besonders gut zu bezahlen! Zu unserer Betrüdnis müssen wir mitteilen, daß bei der — seine Sorge um Unterbringung der Stahlhelmliefer beweist es — gut deutsche Verband Sächsischer Industrieller Lohnaufbesserungen nicht nur nicht empfiehlt, sondern, daß er sogar vor ihnen warn! Voll ernstster Beforgnis sagt er in seinem Rundschreiben: „Wir bitten nochmals zu bedenken, daß unsere größten Feinde unsere eigenen Freunde, die bewilligungsfreudigen Unternehmer, sind, die eine Konjunkturpolitik treiben und somit den großen Nachgruppen (wie z. B. dem Bergbau, der keine Lohnhöhung tragen kann) in den Rücken fallen.“

Warum wohl die sächsische Industriellen-Organisation so wenig bewilligungsfreudig ist? Etwas deshalb, weil sie dem Volksgenossen Arbeiter eine bessere Lebenshaltung nicht gönnen? Weil sie auf Kosten der Arbeiter größere Profite machen wollen? Ach, wer könnte so niedrig von volkischen Unternehmern denken! Sie sind gegen die Bewilligungsfreude, weil die Industrie die Lohnhöhung nicht tragen kann. Da bleibt dann freilich nichts anderes übrig, als die Arbeiter zu zwingen, weiter die schwarze Not zu tragen.

Und glauben die Arbeiter, durch volkstrennde Elemente zu solchem freibererischen Freiglauben verführt, trotzdem höhere Löhne fordern zu müssen, — nun, der Verband Sächsischer Industrieller auf nichts anderes bedacht, als auf Sicherung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie — Deutschland wieder in der Welt voraus und in Deutschland vovan die deutsche Industrie! — der Verband Sächsischer Industrieller weiß auch für solche höchst belagerten Fälle entsprechende Gegenmittel zu empfehlen. Er fordert, die Grenzen für böhmische Arbeiter wieder zu öffnen, um billige Arbeitskräfte zu gewinnen.

Ja, das ist ja doch die alte Unternehmermethode, die da die sächsische Unternehmer anwenden wollen: Ausländische Lohnbrüder zu

Wichtige Parteiberatungen.

Unsere Protektion gegen das Regierungssystem. Einmütigkeit über die Taktik der Partei. — Reichsauswahlung im Monat Jänner. — Neuwahl von Parteifunktionären. — Bildungszentrale.

rufen, ohne Rücksicht auf die Massenarbeitslosigkeit der Arbeiter der eigenen Nation! So werden Verständnislose die den Räten der deutschen Industrie fremd gegenüberstehen, anklagend ausrufen. Aber sie übersehen ganz, daß die Arbeiter es sind, die ihre Volksgenossen Fabrikanten zu einer auf den ersten Blick so wenig national anmutenden Forderung zwingen, indem sie ohne Rücksicht darauf, daß die Industrie höhere Löhne nicht tragen kann, Lohnhöhungen fordern. Sieht so wahre Volksgemeinschaft aus? Als „Gemeinschaftsarbeit“ bezeichnet der große Theoretiker Jung den Sozialismus, von dem er sagt, er sei deutsches Wesen schlechthin. Deutscher Sozialismus — also Gemeinschaftsarbeit — was ist es anderes als jene rührende Fürsorge wahrhaft vollbewußter Unternehmer für die verarmten Stahlhelm-Arbeiter, — vereint mit hingebungsvoller Vierundneunzigstundens-Arbeit völkischer Arbeiter? Und wo anders als auf dem Boden solcher Gemeinschaftsarbeit könnte die wahre deutsche Volksgemeinschaft, die alle Gruppen und Stände umfaßt, gedeihen!

Der Kampf der dänischen Kapitalisten.

(Von unserem Kopenhagener Korrespondenten.)

Der Kampf zwischen Arbeiterpartei und Bürgerpartei steigt sich überall zu größter Heftigkeit, wenn es um die Verteilung der Lasten innerhalb der Nation geht. Das Bürgertum kann noch so hochtrabend vom „fair play“ reden, das es einer Arbeiterregierung gewähren will; kommt es zur Frage des Zahlens, dann ist kein Mittel zu schützig, keine Waffe zu zweifelschuldig, als daß sie nicht gegen die Sozialistenregierung benützt würde.

Die Regierung Stauning, das dänische Sozialistenkabinett, verspürt gerade im Augenblick diese Tatsache deutlich. Um endlich mit der Nachkriegskrise aufzuräumen und das Wirtschaftsleben auf eine feste Grundlage zu stellen, hat Gen. Stauning dem Volksting einen sich eng an ein Gutachten eines aus allen Parteien und Wirtschaftskreisen zusammengesetzten Valutarats anschließenden Stabilisierungsplan eingebracht. Dänische Krone soll auf einen Stand von 65 stabilisiert werden und gradweise, mit 1/2 Prozent in zwei Jahren, um die verderblichen Folgen einer Inflation zu vermeiden, gehoben werden. Der Augenblick für eine solche Stabilisierung muß als günstig bezeichnet werden. Seit Monaten bewegt sich die Krone in der geringen Schwankung von 62—65, die Handelsbilanz Dänemarks war September und November aktiv und hatte die andern Monate nur ein ganz unbedeutendes Minus, die Arbeitslosigkeit ist etwas zurückgegangen, die gesteigerte Kaufkraft des deutschen Marktes hat der dänischen Landwirtschaft erlaubt, ihre Preise für Butter, Fleisch, Vieh zu erhöhen, kurzum, alle Vorbereitungen für eine Gesundung der Geldverhältnisse sind gegeben.

Aber Auren kosten Geld und auch Staunings Valutarat verlangt 40 Millionen neue Steuern und einige handels- und sozialpolitische Maßnahmen, die den Profit gewisser Importeure beschneiden würden. Das ist Grund genug für die kapitalistischen Parteien, zu opponieren. Und gerade in Dänemark wäre zu einer solchen Opposition am wenigsten Grund. Denn wenn für irgend ein Land, so gilt es hier — und in Norwegen — daß sich die Wirtschaft während des Krieges „gesund“ machte — um in wahnsinnigen Nachkriegsspekulationen das Land an den Rand des Bankrotts zu bringen. Nach am Schluß des Jahres 1916 zeigte Dänemarks Geldunterbilanz von 350 Millionen Kronen Anfang 1919 aber hatte die dänische Wirtschaft gegenüber dem Ausland Guthaben in einer Höhe von 900 Millionen Kronen. Die dänische Krone stand über Pari, das Land schwamm in

Am Donnerstag, den 4. Dezember 1924 fand eine Sitzung des Parteivorstandes statt, in welcher der Vorsitzende Genosse Dr. Czoch einen umfassenden politischen Bericht erstattete, in dessen Verlauf er sich mit der aus Anlaß der Budgetberatung durchgeführten parlamentarischen Protektion gegen das herrschende Regierungssystem beschäftigte. In diesem Zusammenhang berührte Genosse Dr. Czoch eine ganze Reihe innerpolitischer Fragen, wie die Konflikte aus Anlaß der Konstituierung der Bezirksverwaltungs-Kommissionen, die neuerlichen Schuldrosselungen, den geplanten Abbau der Staatsangelegten und stellte nach allen diesen Richtungen eine Reihe sachgemäher Anträge. Der Bericht des Vorsitzenden wurde nach abgeleiteter Debatte zur Kenntnis genommen und den gestellten Anträgen die Zustimmung erteilt. Anschließend wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand nimmt den politischen Bericht des Partei- und Klubvorsitzenden zur Kenntnis und erklärt seine volle Befriedigung über die im Rahmen der Budgetberatung durchgeführte Protektion gegen das Regierungssystem und die Scheindemokratie dieses Staates. Er billigt es, daß der Klub sich in seiner parlamentarischen Aktion vollkommene Freiheit in bezug auf die Wahl der weiteren Kampfmittel vorbehält und daß er sich durch keinerlei Schlagworte, mögen sie von welcher Seite und aus welchem Lager immer kommen, von dem einmal betretenen Wege abbringen läßt.“

Der Parteivorstand protestiert gegen die immer wieder auftauchenden, vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptungen der gegnerischen, sowie der tschechoslowakisch-sozialdemokratischen Presse, als ob über die Taktik der Partei innerhalb des Parteivorstandes, des Klubs oder innerhalb des Kreises der Vertrauensmänner auch nur die leiseste Meinungsverschiedenheit bestände.

Geld. Aber, unterstützt von einer vollständig von Finanz- und Exportkapital beherrschten liberal-konserverhalten Regierung, stürzten sich die dänischen Kapitalisten in eine wahnwitzige Spekulationswirtschaft. In größter Verkennung der Lage gründete man die hochtrabendsten transatlantischen Gesellschaften. Der Konkurrenz Hamburg sollte für immer erledigt werden, der gesamte Handel vom Westen und Amerika nach dem Ostseegebiet unter Kopenhagener Monopol kommen. Die guten nationalistischen Freunde um Lloyd George und Pincare versprachen, daß die Engländer von der Мурманküste, die Franzosen durch Wrangel und andere Generale der russischen Bolschewistenherrschaft erledigen würden. Und dann sollte der hochkapitalistische „Wiederaufbau“ Rußlands beginnen. Die dänische Nationalbank sorgte durch Papergelddruck für den nötigen Kredit und der dänische Kaufmann stapelte in Kopenhagen alle möglichen und unmöglichen Waren auf, massenweise, alle Lager und Speicher waren überfüllt. Aber es kam anders. Lloyd George gab nach und räumte die Мурманküste. General Wrangel wurde geschlagen und die bolschewistische Wirtschaft verweigerte die russische Kaufmännlichkeit. Kopenhagen sah da mit seinen teuer eingekauften Waren mit seinen verfehl-

Der Parteivorstand stellt mit besonderer Befriedigung fest, daß die Versammlungsaktion der Partei, wie aus den ausnahmslos einstimmig gefaßten Beschlüssen der Protestveranstaltungen hervorgeht, gelungen ist und das Verhalten der parlamentarischen Klubs die volle Billigung der Bevölkerung gefunden hat.“

Für die im Monate Jänner stattfindende Reichsauswahlung wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen und vor allem die Ergänzung der Tagesordnung durch einen neuen Punkt „Verarbeitung für die Parteipresse“ beschlossen. Alles Nähere bezüglich der Reichsauswahlung wird in den nächsten Tagen in entsprechender Weise verlaublich werden.

Zu der am 4. Jänner in Brüssel beginnenden Tagung der sozialistischen Arbeiterinternationale wird Genosse Dr. Czoch entsendet. Ein Schreiben des Genossen Karl Kautsky aus Anlaß der ihm zum 70. Geburtstag erwiesenen Ehrungen wurde mit Freude aufgenommen.

Nach Erledigung der politischen Angelegenheiten schritt der Vorstand zur Durchführung der aus Anlaß des Ablebens des Genossen Cermat notwendig gewordenen Ersatzwahlen. Vor allem erfolgte die Wahl des Genossen Oswald Silberbrand-Karlsbad zum ersten und des Genossen Heinrich Kremser-Teplitz zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden der Partei.

Mit der Leitung des Parteisekretariats wurde Genosse Taul betraut, welcher sich bereit erklärte, die Vertretung des Genossen Cermat in dessen Funktionen bis zur definitiven Bestellung des Parteisekretärs zu übernehmen. Sodann erfolgten Ergänzungswahlen in eine Reihe von Korporationen und Beratungskörperschaften der Partei.

Zum Schluß erstattete Genosse Paul, welcher zum Leiter der Bildungszentrale bestellt wurde, einen Bericht über den Stand der Bildungsbewegung und über eine Reihe schwebender Bildungsfragen.

Der deutsche Ausverkauf und der von Amerika kommende Preisfall brachten die Warenpreise und die großen Bankrotte, Produktionsbeschränkungen und Schiffe ohne Fracht mehrten sich, bis statt der 900 Millionen Guthaben und der aktiven Handelsbilanz Abzugsmangel, Arbeitslosigkeit und Valutafall da waren. Durch eine verantwortungslose Anlehenspolitik in New York zerrüttete die bürgerliche Regierung die Staats- und Kommunalfinanzen.

Nur langsam, eigentlich erst richtig durch die neue deutsche Währung und das Wiedererleben des deutschen Marktes hat Dänemark diesen Abwärtsschlag überstanden. Seine Kosten trugen der Mittelstand und die monate- ja jahrelang arbeitslose Arbeiterklasse. Und die größten Spekulanten — z. B. die Landmannsbank — mußten durch Staatshilfe, also mit den Steuergeldern, jarniert werden. Es müßte eigentlich eine moralische Selbstverständlichkeit sein, daß die Kosten der sozialistischen Regierung geplanten Valutarettung und Sanierung der Staatsfinanzen den tragfähigen Schultern aufgebürdet werden. Aber beim Geldsack hört die bürgerliche Moral auf. Man wehrt sich gegen die Stauningschen Vermögenssteuern wie gegen die 60 Millionen spa-

rende Abrüstung mit Händen und Füßen. Man möchte eher ungeheure Inflationsgeschäfte machen, als durch eine ehrliche heilsame Geldpolitik eine für alle Volksschichten gedeihliche Wirtschaft fördern.

So geht es hart auf hart in Dänemark. Die Stärke der sozialistischen Bewegung gibt den kapitalistischen Werksachern nicht so leichtes Spiel wie in Norwegen. Deutlich zeigt sich wieder, daß das Gemeinwohl wahrhaftige Vorkämpfer nur in der Arbeiterbewegung hat, das Bürgertum pflegt sein Profitinteresse, gleichgültig auf wessen Kosten, mit welchen Folgen.

P. V.

Inland.

Die Taktik unserer Parlamentarier.

Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Partei hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember den Bericht des Vorsitzenden entgegengenommen und die politische Situation eingehenden Beratung unterzogen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Protektion mit der Erledigung des Budgets im Senat für abgeschlossen zu erklären und bis zu diesem Zeitpunkt den Verhandlungen des Parlaments nur dann teilzunehmen, falls die Staatsbeamten- und Pensionsvorlage zur Verhandlung gelangt.

Über alle anderen Fragen sollen in einer kommenden Woche stattfindenden Plenarsitzung der beiden Klubs Beratungen gepflogen werden.

Die geistige Potenz der KPC.

Neurath, seit der Vorkommern der KPC, das approbierte Sprachrohr des Moskauer heiligen Stuhles, hat wieder einmal die Sozialdemokratie geübt. Großzügig wie er ist, greift er auf allen Fronten und mit allen Waffen zugleich an. Da sind wir selbstverständlich zugleich deutschnational und Verräter des Selbstbestimmungsrechtes, Nachläufer der deutschen Bourgeoisie und Soldknechte des tschechischen Kapitals, Irredentisten und Regierungskandidaten, kurzum wir sind „die Partei der politischen Impotenz“. Wie es dagegen mit der geistigen Potenz des Herrn Neurath aussteht, zeigt die Gegenüberstellung zweier kommunistischer Meinungsäußerungen über den Dawes-Plan. In der Moskauer „Pravda“ vom 15. August schrieb E. Barga, volkswirtschaftlicher Kronfachverständiger des Moskauer Großkanals:

Die Londoner Konferenz bedeutet einen Wendepunkt in der europäischen Politik.

Über die vorläufigen Folgen dieser neuen Phase der Reparationspolitik heißt es in demselben Artikel:

Die Durchführung des Dawes-Planes wird die demokratisch-pazifistischen Tendenzen in allen beteiligten Ländern verstärken. Wir sehen den Zerfall des deutschen Faschismus, den die deutsche Bourgeoisie jetzt nicht mehr braucht.

Über den Dawes-Plan und seine Folgen heißt es:

Das Wachstum der Arbeiterpartei (in England), sowie des französischen Linksblocks und der deutschen Sozialdemokratie wird sich weiter fortsetzen. . . Die Verwirklichung des Dawes-Planes wird die deutsche Industrie vor einer neuen Krise schützen, die Periode der Stabilisierung der deutschen Mark verlagern und deshalb die Wiederholung der akuten revolutionä-

Die Militärbestien von Biribi.

Zu Albert Londres' Buch: „Dante hat nichts gesehen“.

15 Von A. B. Vortem r.

Die Welt hat seit zwanzig Jahren gewaltige Fortschritte gemacht: man reist in den Lüften, man spricht drahtlos über den Ozean. Der Mensch bricht sich Bahn in die Zukunft, er glaubt es wenigstens. Einzig in Frankreich befindet sich die Justiz noch im Steinzeitalter.

Wir haben noch die gleiche Ansicht über die Strafe, wie sie unsere Großväter im Mittelalter oder im Altertum hatten.

Schöne Worte sind in den Gesetzenbüchern unserer gefengenden Körperschaft aufgehäuft. Aber jene, die die Gesetze schaffen, bringen sie nicht in Anwendung, und die, welche sie in Anwendung bringen, machen sich über jene lustig, die sie schaffen.

Ein Tierhändler, der, statt die wilden Instinkte seines Raubtiers zu verbessern, sie nur verschlimmert wäre selbst nur ein unfähiges und dummes Tier. Der Sergeant von Biribi ist dieser Tierhändler.

Was tun wir, um den Verurteilten von jenem Schicksalsstempel zu heilen? Wir paden ihn im Genick, halten ihn über den Rand des Abgrunds, ohne zu vergessen ihn dabei mit Lust und Ausdauer den Hintern zu vertreten.

Es wäre an der Zeit, daß wir uns endlich unserer Handlungsweise klar werden.

Biribi muß verschwinden. Es kann dies auf zwei Arten geschehen: Aus Biribi das machen,

was das Buch 57 vorschlag, oder die ganze Einrichtung abschaffen.

Im ersten Fall wären alle noch so kräftigen Rundscheiben machtlos. Adjutants und Sergeants brechen Jastraktionen des Kriegsministeriums gegenüber in Lachen aus. Selbst Drohungen fürchten nichts. Sie verzehnfachen nur den Terror in den Lagern. Gegenwärtig sagt der Vorgesetzte, der einen Sträfling martert (der Ausdruck stammt von einem General, der in seinem Bericht schrieb: „die martierenden Sergeants“), sagt dieser Vorgesetzte zu dem Sträfling: Wenn du sprichst, bist du fertig! Und gegenwärtig ist der Vorgesetzte der Straflosigkeit sicher. Fürchtet er wirklich einmal die Justiz, so weiß er die Sache schon derart zu ordnen, daß der Sträfling nicht spricht.

Um dem Sträfling Anhalt zu tun, ist nötig:

1. Alle Unteroffiziere der Strafklagen vor die Schwelle zu setzen. Wenn bei dieser Gelegenheit auch einige unter ihnen mit dem Kriegsgericht Bekanntheit machen würden, wäre dies kein Fehler.

2. Unverdorbene, junge Unteroffiziere berufen. Nach vollzogener Auswahl diese Vorgesetzten über die Aufgabe die sie erwartet unterrichten. Ihnen beispielsweise folgende Ansprache halten:

— Ihr werdet es mit Säububen (sie sind es in der Mehrzahl) zu tun haben. Nicht alle sind sie im gleichen Grad schuldig. Achtzig Prozent von ihnen kamen infolge von Jugendvergehen hierher. Einige wegen Fehlritte, die nichts unehrenhaftes an sich haben. Wir wollen saubere und ehrenhafte

Menschen aus ihnen machen. Wir haben nicht zu viel Menschen in Frankreich, als daß wir uns das Vergnügen erlauben könnten, jährlich mehrere Tausend über Bord zu werfen.

Wir geben Euch eine anständige Zulage (die Sergeants der Bataillons d'Afrique erhalten 3,50 Frs. Zulage pro Tag, die Sergeants der Strafklagen nur 40 Centimes). Es zählt Euch dies als Frontdienst.

Wenn Ihr ehrenhaft Eure Aufgabe erfüllt: Sonderzuschläge für die Medaille und den höheren Dienstgrad. Wenn Ihr sie übertreibt: mitleidlos vor das Kriegsgericht.

3. Wie ein Arbeitskommando ohne einen Offizier und einen auf die gleiche Weise ausgewählten Arzt lassen.

4. Diesem Offizier und diesem Arzt einen Menschen beifügen, der weder Beförderung, noch Zulage erwartet; ein Mensch, der nicht von unserm Jahrhundert ist und der für die Andern arbeitet. Nicht für sich. Dieser Mensch nennt sich Priester. Es handelt sich nicht um Religion, aber um moralische Interessen. Der der Ausübung der Religion fernstehende Sträfling legt instinktmäßig das Bedürfnis nach der Gegenwart einer derartig uninteressierten Person an den Tag.

5. Unarmherzig den Sergeant der das Geld vom Unternehmer erhält, um die Menschen zur Arbeit „zu zwingen“ davonjagen. So schuldig auch ein Sträfling sein mag, so überziet ihn die Gesellschaft doch nicht ein, damit sich sein Wärter bereichere.

6. Einen permanenten Inspektor ernennen, der keine bürokratische Vereingewohntheit hat. Nicht einen Herrn der Inspektion wird, um einen guten Posten zu bekommen, sondern einen Menschen, der die Umgebung kennt u. den guten Mäulen hat. Ein Mann, der am Ende jeden Jahres dem Kriegsminister melden würde: „Sie

haben mir soundsovieler Verirrte anvertraut. Statt sie zu bedrücken, habe ich sie gehoben. Ich ersehe um soundsovieler Begnadigungen. Aus diesen habe ich wieder Bürger gemacht.“

Außer diesen Maßnahmen wird das Buch 57 machtlos und Biribi immer Biribi bleiben.

Biribi aufheben? Dieses Programm durchzuführen, heißt das Ziel erreichen.

Man wird Biribi nur aufheben, um es zu ersetzen. Durch Zivilgefängnisse? Es müßten dann zuvor die Zivilgefängnisse reformiert werden. Das Uebel steckt im Kern unserer Strafmethode selbst. Auf diesem Gebiet übricht es uns an mehr als nur Menschlichkeit; gebietet es uns an Intelligenz.

Der Gedanke, junge Leute in freier Luft arbeiten zu lassen, taugt mehr, als sie in ein Gefängnis einschließen. Dies ist auch die Meinung der Sträflinge. Nicht über die Strafe sind sie erbost, sondern über die unloyale Art ihrer Anwendung.

Solange zu einem lieberlichen Kerl gesagt wird: „das ist ein Lump, maq er verreckt!“ machen wir aus ihm einen doppelt lieberlichen Kerl. Behandeln wir ihn mit der Kalblütigkeit, die uns das Gefühl unserer Stärke geben sollte, und wir werden ihn heben. Dies ist keine Utopie. Die seltenen Vorgesetzten, die auf die Gefahr ihrer Karriere hin, mit dem Verwaltungsdogma machen und aus ihrer Aufgabe ein Prestigium machen, fetten sich alle durch. Im übrigen haben uns Amerika und die Schweiz den Beweis erbracht. Einzig jene Leute behaupten das Gegenteil, die von dieser Schande leben und jene, die nicht wissen, was sie sagen.

(Schluß)

ren Situation vom Jahre 1923 hinauszögern. Demgegenüber skizziert Neurath den Dawes-Plan wie folgt:

Gegenwärtig organisiert die Weltbourgeoisie die größte Blünderungsaktion gegen das internationale Proletariat im Sinne der Bestimmungen des bekannten Dawes-Plans. Die Bestimmungen dieses Planes wurden von den Ausbeutern der größten kapitalistischen Räuberstaaten diktiert und von den Sektionen der 2. Internationale durchaus akzeptiert. Gemeinsam mit der Bourgeoisie bemühen sich die Sozialdemokraten in allen Staaten, die Bestimmungen des Dawes-Planes zu realisieren. In diesen entscheidenden Fragen gibt es bei ihnen nicht die geringste Meinungsdivergenz. Aufrecht und mit jener wilden Entschlossenheit, die die Führer der völkerverfeindenden Sozialdemokratie auszeichnet, bekennen sie sich zu den Grundzügen des Londoner Räuberplanes, der auf Kosten der arbeitenden Massen aller kapitalistischen Staaten verwirklicht werden soll.

Wenn es gebraucht wird, kann man dann immer noch in dem Urteil unsfaheln und die Sozialdemokratie von der anderen Seite vernichten. Auf diese Weise kann Neurath immer fröhlich darauf zu vernichten und sich mit Galgenhumor über die eigene hoffnungslose Situation hinwegsetzen.

Auflösung des Vorstandes der Karlsbader Bezirkskrankenkasse.

Karlsbad, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Heute vormittags hat die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad dem Obmann der Karlsbader Bezirkskrankenkasse den Erlaß der politischen Landesverwaltung zugestellt, nach dem der gegenwärtige Vorstand der Krankenkasse aufgelöst und bis zur Bildung einer Verwaltungskommission ein politischer Beamter die Führung der Agenda übernehmen wird.

Die Verwaltung dieses Institutes in dem hochindustriellen Bezirk Karlsbad, dessen Arbeiterschaft geschlossen hinter der Sozialdemokratie steht, lag bisher in den Händen der Deutschnationalen, oder besser gesagt, des Hauptgeschäftsführers des Karlsbader deutschnationalen Blattes und Vizebürgermeisters Alfred Doroschkin, der zugleich Obmann des deutschnationalen Krankenkassenverbandes und Herausgeber der deutschnationalen „Krankenkassenzeitung“ ist. Doroschkin hatte sich mit einem Stab von Getreuen umgeben und erst seitdem gegen Ende des Jahres 1920 unter dem Druck der Arbeiterschaft auch ihre Vertrauensmänner in den Vorstand kooperiert werden mußten, hat auch die Arbeiterschaft Einblick in die Verhältnisse bekommen. Bis dahin wurde die Arbeiterschaft von ihrem eigenen Institut mit allen Mitteln ferngehalten. Um sich die Macht zu erhalten und es der Arbeiterschaft unmöglich zu machen, dieses Institut in ihrem Interesse zu verwalten, hat Herr Doroschkin das berüchtigte System der Wahlen durch die Post eingeführt, jenes System, das dem unerhörtesten Wahlschwindel Tür und Tor öffnet. Durch diese Methode wurde das Wahlrecht der Rassenmitglieder praktisch aufgehoben. Um wählen zu können, mußte das Wahlrecht in der Krankenkasse von den Mitgliedern selbst oder durch einen Vertrauensmann reklamiert werden und der Vertrauensmann, der gewöhnlich nicht der Beauftragte der Arbeiter, sondern der Unternehmer war, bekam so viele Stimmzettel und Avertis in die Hand, als er Wähler reklamierete. Infolge der großen Abhängigkeit, in der sich vor dem Kriege die Arbeiter befanden, konnten sie sich nicht weigern, ihre Vollmacht für die Beforgung der Stimmzettel dem Werkführer oder Vorarbeiter auszufolgen und es ist ganz klar, daß für alle diese Reklamierten der deutschnationale Stimmzettel in das Avertis gesteckt wurde. Es ist noch in aller Erinnerung, daß ein Arbeiter der Stadtgemeinde Karlsbad, der sich

Einheitsfront von den Hatentkreuzlern bis zu den Kommunisten.

Die Kommunisten, insbesondere die deutschen, treiben in den letzten Tagen wiederum eine maßlose demagogische Hege gegen unsere Partei, die sie in den Augen der deutschen Arbeiterschaft dadurch in Mißkredit bringen wollen, daß sie, die Kommunisten, behaupten, wir ständen mit dem deutschen Bürgertum in einer Einheitsfront und ließen uns aus rein nationalistischen Gründen von diesem einfangen. Der „Vorwärts“ in Reichenberg beschimpft uns jetzt täglich wegen unseres Kampfes gegen die Regierungsmethoden im Parlament und außerhalb des Parlaments, welchen Kampf er als eine „Kamödie“ und „Sensationsstücker“ bezeichnet. Die Falschmeldung, daß wir in Gablonz zusammen mit den deutschbürgerlichen Parteien eine Kundgebung veranstalteten, nahm das Reichenerberger Kommunistenblatt zum Anlaß, um uns wie gewöhnlich als Handlanger der Bourgeoisie hinzustellen. Angesichts dieser Tatsache ist es doppelt interessant zu erfahren, daß dieselben Kommunisten sich nicht scheuen, dort, wo es die deutschen Sozialdemokraten aus guten Gründen ablehnen, irgend eine Kundgebung gemeinsam mit dem deutschen Bürgertum zu veranstalten, sich selber durch die Teilnahme an einer solchen Demonstration zu profilieren. Im nationalsozialistischen „Tag“ vom 5. Dezember wird folgendes angezeigt:

In Eger eine Abwehrfront mit den Kommunisten.

Aber ohne Sozialdemokraten.

Eger, 4. Dezember. Am Sonntag, den 7. Dezember l. J. um 10 Uhr vormittags findet in der Gewerkschule auf der Burgwiese in Eger eine öffentliche Volksversammlung zu einer machtvollen Kundgebung für Sprache und Arbeitsplatz für Schule und Scholle statt. Die Versammlung ist von folgenden Parteien einberufen: Alldutsche Volkspartei, Deutsche christlichsozialistische Volkspartei, Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, Deutsche Gewerkschaftspartei, Bund der Landwirte, Deutsche Nationalpartei, Deutschdemokratische Freiheitspartei, Kommunistische Partei. Nach einer stattgefundenen Besprechung sämtlicher deutscher Parteien in Eger mit Ausnahme der Sozialdemokraten wird mitgeteilt, daß folgende Redner sprechen werden: Senator Friedrich (Natio-

weigerter, einem deutschnationalen Vorgesetzten die Vollmacht zu unterschreiben, nach 25jähriger Dienstzeit entlassen wurde. Die Pakete Avertis trug der Unternehmer oder sein Beauftragter zur Post, wo sie bis zum Wahltag liegen blieben. Daß so das Wahlglück nicht ausbleiben konnte, ist klar.

Diesem System dankte Herr Alfred Doroschkin die Obmannschaft und damit die Herrschaft über dieses wichtige Institut. Er wich auch nach dem Umsturz nicht von seinem Platz, und wenn nicht die Zustände in der Bezirkskrankenkasse, die an dieser Stelle schon einmal erörtert wurden und über die noch gesprochen werden wird, die Regierung gezwungen hätten, den Rassenvorstand aufzulösen, bliebe er wohl der Arbeiterschaft noch auf Jahre erhalten.

Die Deutschnationalen werden aufschreien, sie werden Schimpfepisteln über die Verletzung der Autonomie loslassen, aber sie haben nach den Vorgängen in Eger und Joachimsthal dazu kein Recht mehr. Wir sind über den Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, indem sie eine Verwaltungskommission einsetzte, nicht erfreut, und es wäre uns — diesen Standpunkt haben wir immer betont — lieber gewesen, wenn nach den gegenseitigen Bestimmungen die Arbeiterschaft des

nationalpartei), Abg. Josef Fischer (Bund der Landwirte), Abg. Vinzenz Marek (Christlichsozial), Abg. Josef Bagel (Nationalsozialist), Stadtrat Ernst Eckert (Marienbad, Gewerkschaftspartei), Sekretär Andreas Bilit (Aisch, Kommunist). Sonntag um halb 10 Uhr treten die oben genannten Redner und die einzelnen Parteivertreter zu einer Aussprache zusammen und bestimmen einen Generalredner. Die übrigen bekommen eine entsprechende Redezeit.

Die Kommunisten nehmen also keinen Anstoß daran, außerhalb des Parlaments zusammen mit den Deutschbürgerlichen, von den Alldutschen angefangen über die Hatentkreuzler bis zu den Nationalen, in gemeinsamer Kundgebung aufzutreten. Welch revolutionärer Wille, welcher tiefes bolschewistisches Geheimnis liegt darin, daß in Eger beispielsweise der nationalsozialistische Abgeordnete Bagel oder der christlichsoziale Marek als Vertreter der Christlichsozialen, als Generalredner im Namen auch der Kommunisten sprechen wird!

Wieder einmal entbüllt sich die Kampfweise der Kommunisten, die in erster Linie und bewußt gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, als elender, erbärmlicher Schwundel. Was sie uns zum Vorwurf machen und weswegen sie uns des Verrats zeihen, das machen sie in aller Deffentlichkeit selber. Bis zum Ueberdruß verbreitet der jetzt zu Ehren gekommene Herr Neurath im „Vorwärts“ das Lügenmärchen, daß die Opposition der deutschen Sozialdemokraten genau so wie die des deutschen Bürgertums nur darauf gerichtet sei, sich ein paar Ministerbänke zu erobern. „Und daher machen sie“, so schreibt er, „wider besseres Wissen gemeinsame Sache mit allen deutschen Parteien. Arm in Arm mit der deutschen Bourgeoisie machen sie die Opposition im Parlament... Die armen Sozialdemokraten tun was sie können, um in der Nationalfrage nicht hinter den Gelben in allen Schattierungen und den Deutschnationalen zurückzubleiben.“ Die kommunistischen Arbeiter, die sich von diesen Verleumdungen haben betören lassen, erfahren jetzt zu ihrem maßlosen Erstaunen, daß die kommunistische Partei zusammen mit dem deutschen Bürgertum, aber ohne die Sozialdemokratie, für Sprache und Arbeitsplatz, für Schule und Scholle in Eger demonstriert.

Bezirks Karlsbad zur Wahl eines neuen Rassenvorstandes berufen worden wäre. Die Ausübung des freien Wahlrechtes hätte den Deutschnationalen den Beweis erbracht, daß sie in dem Institut der Arbeiter nichts, aber auch gar nichts zu reden haben. Mit der Befreiung des Herrn Doroschkin von der Leitung der Bezirkskrankenkasse Karlsbad ist nun der Weg frei gemacht für jene Maßnahmen, die es verbürgen, daß die Karlsbader Bezirkskrankenkasse im modernen Geiste zum Wohle aller Mitglieder verwalet wird.

Änderung der Wahlordnung?

Diskussion i. der tschechischen Presse.

In den tschechischen Blättern wird seit einiger Zeit über eine Änderung der Wahlordnung diskutiert. Schon bei der Beratung der gegenwärtig geltenden Wahlordnung in der revolutionären Nationalversammlung sind die Nationaldemokraten gegen die gebundenen Kandidatenlisten aufgetreten, das heißt gegen die Verpflichtung des Wählers, alle Kandidaten derjenigen Partei, für die er sich entschieden hat, wählen zu müssen, ohne eine ihm mißliebige Person streichen zu können.

Es ist nun bemerkenswert, daß auch ein tschechischer Sozialdemokrat, Dr. Eugen Stern, in der

Zeitschrift „Nová Svoboda“ in einem Artikel gegen die gebundenen Kandidatenlisten auftritt. Dieses System hat, wie Stern ausführt, seine Schattenseiten. Der Abgeordnete wird zu einem Werkzeug der Parteileitung, nicht nur der Wähler, sondern auch der Abgeordnete wird seines freien Willens beraubt, der Wähler selbst fühlt, daß er machtlos ist und deswegen entsteht Verbitterung und politische Gleichgültigkeit in den Reihen der Wähler. Die Aufstellung der Kandidaten geschieht in engem Kreise und so sind die Wähler der Abgeordneten eigentlich nur wenige Leute. Stern verlangt eine Novellierung der Wahlordnung, — welche von der Koalition allein durchgeführt werden kann, da die einfache Mehrheit genügt, — ohne sich freilich für irgend ein bestimmtes System zu entscheiden, das an Stelle der gebundenen Wählerlisten zu treten hätte.

Den Nationaldemokraten gab der Artikel Sterns die Gelegenheit, in einem Artikel zum Kampfe gegen die gebundenen Wählerlisten aufzutreten. Das System, das sie vorschlagen, besteht darin: die einzelnen Wahlkreise werden in so viel Wahlbezirke zerlegt, als Mandate in dem betreffenden Wahlkreis zu vergeben sind. Jede Partei erhält, so wie gegenwärtig nach dem Proportionalwahlrecht ihre bestimmte Anzahl von Mandaten. Gewählt erscheinen jedoch diejenigen, welche in ihren Wahlbezirken die größte Anzahl von Stimmen erhalten haben. Zum Beispiel: die nationaldemokratische Partei erhielt im Trager Gau im Jahre 1920 sieben Mandate. Gewählt würden nach dem neuen System diejenigen neben nationaldemokratischen Bezirkskandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Auch die Zeitschrift „Demokraticky slych“ tritt dafür ein, daß die gebundenen Listen beseitigt werden, und der Wähler die Freiheit habe, Streichungen vorzunehmen.

Ebenso schlägt sich das „České Slovo“ dem Reigen derjenigen an, die die gebundene Liste abschaffen wollen.

Es handelt sich also hier vorläufig um eine Diskussion, zu der, wenn sie in das Stadium konkreter Vorschläge kommt, noch Stellung genommen werden wird. Jede Änderung der Wahlordnung birgt angeht des Regierungssystems in der Tschechoslowakei die Gefahr einer Verschlechterung des Wahlrechtes an sich, die „Narodni Demokracie“ macht schon auf die Bevorzugung des Wahlkreises Karlsbad gegenüber Bilsen, Königgrätz und Jungbunzlau aufmerksam, gegen die sich alle sozialistischen Parteien mit aller Kraft werden wenden müssen.

Fortdauernde Koalitionsberatungen.

Die Staatsbeamtenpötte setzt ihre Beratungen über die Staatsangestelltenvorlage fort. Die Vorlagen sind schon fertig, doch sind an dem ursprünglichen Plan einige Veränderungen vorgenommen worden. Die Hochschulgulage soll: ursprünglich hundert Prozent betragen, so wie dies vor dem Dezenbergesehe der Fall war. Diese Zulage wurde nun mit achtzig Prozent festgesetzt. In der Frage des Beamtenabbaues wird verhandelt. Auch berät die Koalition über die Verlängerung des Gesetzes über die Baubewegung. Von diesem Gesetz werden nur einige Steuerbegünstigungen übrig bleiben und besondere Rücksicht wird auf den Bedarf der größeren Städte genommen.

Der Gesetzentwurf über den Mieterschutz wird von der Nationalversammlung in diesem Jahre nicht mehr erledigt werden. Die Beratungen über diesen Entwurf erfordern noch einige Wochen Zeit, so daß er erst im nächsten Jahr wird durchberaten werden. Die vorweihnachtliche Session soll am 18. oder 19. Dezember beendet werden.

Sibiu. Im gestrigen Abendblatt des „Pravo Lidu“ schreibt dessen Chefredakteur Josef Sibiu folgendes:

In die Redaktion des „Sozialdemokrat“... Ich versichere Euch, daß ich keinen Grund

Sächsische Wahlkizzen.

Dresden, 4. Dezember.

Es ist eine ganz erkleckliche Anzahl unserer Genossen, die dem Rufer der sächsischen Parteileitung gefolgt sind und in Wählerversammlungen sprachen. Hofbauer, Solischer, Heger, De Witte, die Genossen Blahn und Kirpal dürften die Liste nicht erschöpfen. Auch österreichische Genossen sind da: Leichter mit Frau, Winter, Stein und andere. Internationale Bedeutung der Wahlen und internationales Interesse für die Wahlen läßt sich davon erkennen.

1912 half ich von Schaffhausen aus bei anderen Reichstagswahlen. In den badischen Schwarzwald, dessen Wald nicht das einzig Schwarze im Lande ist, waren wir „Naturfreunde“ beordert worden, im Wuppertal Flugblätter zu verteilen. Die Aufnahme war nicht überall glänzend. Zu zweien durchzogen wir die Dörfer, einer nahm diese, der andere jene Seite, und am Ende tauschten wir unsere Erfahrungen. In einem Dorf waren die sterblichen Bauern besonders wütend auf die „Roten“, mir warf einer einen Stiesel nach, mein Kollege wurde aus einer Wohnung regelrecht hinausgeworfen. Aber 36 sozialdemokratische Stimmen hat es dann doch in dem Gebiet gegeben!

Wie sich die Zeiten ändern! Heute ist das Zentrum eine republikanische Partei und als solche nahezu Bundesgenossin der Sozialdemo-

kratie. Der Hauptkampf geht nach rechts und links, gegen die Extremen, die ihrerseits in oft wunderbarer Harmonie arbeiten, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die gleichen Argumente verwenden Deutschpölistische und Kommunisten, wo es gegen die starke Sozialdemokratie geht, aber die Politik der Thrasen hört auf, Zugkraft zu besitzen. Zu lange hat man den Arbeitern das Blaue vom Himmel heruntergelassen. Sie erkennen den Unterschied zwischen Worten und Taten und der historische Umsfall der Deutschnationalen bei der Abstimmung über des Sachverständigenrat und das hysterische Schreien der Ruth Fischer und Konforten haben den Arbeitern, soweit sie den Lockungen der Extremisten folgten, die Augen geöffnet. Und eine große Erkenntnis hat allmählich fast überall Eingang gefunden: daß ein e i n i g e s Proletariat die meisten Fehler vermeiden kann, die gemacht worden sind. Tiefe Erbitterung herrscht überall wohin ich kam, über den Disziplinbruch der 23 Landtagsabgeordneten und niemand ist sich im Unklaren darüber, daß dieser innere Parteistreit die Kraft der Agitation lähmt. Aber trotzdem überall die Liebe zur Bewegung, überall die Einsicht, daß alle diese Differenzen, die doch mehr oder minder persönlicher Art sind, die Idee nicht hemmen dürfen. Der herrliche Kampfsgeist, der die Genossen und Genossinnen beherrscht, die Erkenntnis von der Unüberwindlichkeit des einzigen Proletariates, eigen bereits überall ihre Wirkungen. Wo Nachwahlen sind, überall große Erfolge der Sozialdemokratie, Rückgang der kommunistischen und nationalistischen Stimmen.

Eibenstock, ein größerer Ort im Erzgebirge, zwischen Aue und Adorf gelegen; Metall-

und Textilindustrie, elende Lohnverhältnisse, 20 bis 25 Mark Wochenverdienst, dabei eine gewaltige Teuerung. Der Versammlungssaal dicht gefüllt. 400 bis 450 Menschen sind da. Die deutschen Genossen haben großes Vertrauen zu uns. Wir sprechen fast überall allein, manchmal ist es die einzige Wählerversammlung am Ort. Da heißt es, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands hineinbegeben, über sie zu reden in Verbindung mit der Besprechung der internationalen Bedeutung der Wahl. Immer horchen die Genossen auf, wenn etwas über tschechoslowakische Verhältnisse erzählt wird. So nache an der Grenze, ist es doch für fast alle Ausland. In Zwickau wurde ich gefragt: — und nicht von einfachen Arbeitern — ob das Gebiet bei Karlsbad jetzt alles tschechoslowakisch wäre. Das Interesse für unsere Angelegenheiten ist da, aber ich vermute stark, daß man sich mehr deshalb interessiert, weil man mit dem Namen irgend etwas Großes verbindet. Eine andere Gruppe, die wenigstens etwas von uns weiß, beschränkt sich darauf, von „Euch im Oesterreichischen“ zu sprechen. Oesterreich wird scheinbar „ewig bestehen“.

Zwei Kommunisten reden und, um es vorweg zu nehmen: sie reden über: 1. gleich. Offenbar auf ein Schema eingestellt, erzählen sie überall die gleichen Dinge, von der Kriegsschuld der Sozialdemokratie und so weiter. Besonders eigenartig wirkt es, wenn 16- bis 18-jährige diese Argumente bringen, die 1914 ihre sechs bis acht Jahre auf dem Buckel hatten. Sie müssen ja die damalige Situation kennen. Es ist nicht schwer, diese „Argumente“ zu widerlegen und es bedarf im Grunde nur eines Hinweises auf die Verstandesfrage, ob das Proletariat, trotz aller tatsächlichen Differenzen, nicht dann die revolutionärste

Politik betreiben könnte, wenn es stark und einheitlich ist.

Samstag mittag auf dem Hauptmarkt in Zwickau. Reichsbannerleute stehen in Reih und Glied, die gewaltige Kundgebung, die nahezu 3000 Menschen umfaßt, gegen Stimmungen zu schützen. Es sollte vom Balkon des Rathauses gesprochen werden, die fürsorgliche bürgerliche Stadtverwaltung hat es verboten und alle Polizisten, auch die Nachdienst hatten, müssen das Rathaus bewachen. Weder sie noch das Reichsbanner hatten Ursache einzugreifen, in vollster Ruhe verlief die imposante Kundgebung.

In Zwickau treffe ich auf Herrn Krebs, der gar bescheiden ist. Er nennt sich auf Plakaten und in den Zeitungen den — Führer der Sudeten-deutschen. Wir sind fast alle unschuldigerweise zu Abgeordneten avanciert, Genosse Hofbauer gar zum Doktor, aber die Führerwürde der Sudeten-deutschen hat sich noch keiner von uns angeeignet. Das blieb dem Herrn Krebs vorbehalten. Heil ihm und dem Volke, das er führt!

Nachmittags in Einsiedorf bei Zwickau. Ein großes Hüttenwerk, das ehemals 2000 Arbeiterfamilien Brot gab, steht still. Große Arbeitslosigkeit herrscht infolgedessen, ein paar jüngere Leute sind in den Steinkohlenwäldern der Umgebung untergekommen, die älteren fristen von jämmerlichen Pensionen ein kümmerliches Dasein.

Die Versammlung ist von etwa 250 Leuten besucht, darunter 16 Kommunisten. Sie hatten vormittags eine Versammlung, die sie nicht abhalten konnten, da sich bloß 20 Zuhörer eingefunden hatten. So behielten sie den Referenten da, der fünf Viertelstunden spricht. Da noch weiter debattiert wird, dauert die Versammlung von 3 bis halb 9 Uhr. Welche Kraftverschwendung, daß

habe, meine Behauptungen über Karl Proskel als einen der Initiatoren der passiven Opposition zu widerrufen. Diese Mitteilung wurde mir aus sehr glaubwürdiger Munde gemacht und ich seit dieser Zeit von zwei Seiten bestätigt worden. Daß die deutschen Agrarier eine Aktion für die passive Opposition aller deutschen Parteien unternehmen wollten, davon wußten unsere Regierungskreise schon seit anfangs September. Ich begreife, daß es für die deutsche Sozialdemokratie unangenehm ist, zu hören, daß sie sich an die Spitze einer nationalen Aktion stellt, die von Agrariern inszeniert wird, und daß sie durch ihre Politik die Antiriquen Proskels gegen Wechsler unterstützt, aber die Tatsachen sind so: In Großbritannien werde ich mit Euch, besonders mit dem Senator Richner, nicht konfliktieren. Auf diesem Felde gibt Euch jeder tschechoslowakische Sozialdemokrat nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre mit Respekt aus dem Wege.

Josef Stivin.

Immer wenn man glaubt, Stivin könne seine jeweilige Leistungen nicht mehr überbieten, muß man dieses Urteil revidieren, denn er übertrifft sich stets aufs neue. Wir haben schon einmal erklärt, daß unsere Aktion im Parlament begann, ohne daß bis dahin von uns mit den bürgerlichen Parteien verhandelt oder über unsere Absicht auch nur gesprochen worden wäre und wir haben dieser Feststellung nichts hinzuzufügen. Bisher konnte man immerhin noch glauben, Stivin erhebe keine verdächtige Behauptung in gutem Glauben; diese Annahme kann nach seiner vorstehenden Erklärung nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Abgeordnete Stivin meint wohl, eine Unwahrheit werde leichter geglaubt, wenn man sie zweimal erzählt. Es bleibt uns nichts übrig, als sein Gesagtes nochmals als eine erweisbare und böserartige Unwahrheit zu erklären und wir sind bereit, vor jedweder Parteiminstanz dafür den Nachweis zu führen. Man würde dann auch die Gewährsmänner Stivins kennen lernen, denen er mehr zu glauben sich gedrängt fühlt, als uns. Die persönlichen Antipathien Stivins übergehen wir mit gebührendem Schweigen.

Krofta — Gesandter in Berlin. Der bisherige tschechoslowakische Gesandte in Wien Prof. Kamill Krofta wird zum Gesandten in Berlin ernannt werden. Ursprünglich war für diesen Posten Minister Jng. Dvořák in Aus-

sicht genommen. Dieser ist jedoch durch die im Zuge befindlichen Handelsvertragsverhandlungen derart beschäftigt, daß man von seiner Ernennung absehen mußte. Gesandter Krofta wird sich in der nächsten Zeit nach Berlin begeben, zunächst zur Information, und kehrt dann nochmals auf seinen Wiener Posten zurück. Falls bis dahin noch kein neuer tschechoslowakischer Gesandter für Wien ernannt worden sein sollte wird der erste Legationsrat Dr. Barak als Charge d'affaires die Geschäfte des Wiener Gesandtschaftsführers.

Sitzung des Landwirtschaftlichen Ausschusses. Freitag, den 4. Dezember fand eine Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses statt, in welcher über die Verabfolgung der Fülle der Ein- und Ausfuhr für landwirtschaftliche Maschinen verhandelt wurde. Das Gesetz wurde mit einer kleinen Änderung angenommen. Weiters wurde über Bodenreformangelegenheiten verhandelt. An der Debatte beteiligte sich Abg. Genosse Leibl, welcher insbesondere anführte, daß die Bodenreform in den deutschen Gebieten zu Ungunsten der Kleinlandwirte durchgeführt werde. Er führte an, daß beim Verkauf der sogenannten Restgüter auch die Pachtpartellen mitverkauft werden. Dadurch wird die Existenz der deutschen Kleinbäuer und Kleinlandwirte gefährdet. Weiters führte Genosse Leibl an, daß bei dem Verkauf von Meierhöfen große Korruptionsfälle zu verzeichnen sind. So wurde unter anderem in Schwaz ein landwirtschaftliches Gut an den Resten des Senators Pradel um 2.700.000 verkauft. Die Gemeinde Schwaz bot 3.500.000. Trotzdem wurde ihr der Kauf dieses Gutes nicht genehmigt. Der Schwiegerohn des Senators Pradel, Herr Koks, verschaffte nun einen Teil dieses landwirtschaftlichen Gutes unter Mitwirkung einer Prager Bank an Privatpersonen. Den Rest bot er der Gemeinde Schwaz um 2.500.000 Kronen an. Wenn dieser Kauf zustande kommt, so verbleibt Herr Koks rund 2.000.000 K. Ein solches Vorgehen ruft in der deutschen Bevölkerung die größte Erbitterung hervor. Die Anwesenden Abgeordneten des landwirtschaftlichen Ausschusses konnten diese Ausführungen nicht entkräften und der Vorsitzende Brokop machte den Vorschlag, daß solche Fälle dem Staatsbodenamt angezeigt werden sollen. — Wir bemerken hierzu, daß dem Bodenamt und der Regierung solche Fälle hinlänglich bekannt sind, es ist aber erwiesen, daß diese Körperchaften gegenüber den politischen tschechischen Parteien machtlos sind.

Vom deutschen Wahlkampf.

Aufmarsch zur Wahl am 7. — Siegeszuversicht der Sozialdemokratie.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Daß die Wälfischen eine vernichtende Niederlage erleiden werden, ist sicher; aber auch die Deutschenationalen dürften mit schweren Verlusten aus dem Wahlkampf herausgehen. Zumal die unter schwarz-weiß-rotem Banner aufstrebende deutsche Volkspartei bemüht sich, die deutschnationalen Wähler an sich zu ziehen. Die Demokraten sind sehr zuversichtlich. Sie zeigen einen schon lange bei ihnen beobachteten Eifer und ihre Versammlungen haben einen guten Zuspruch. Die Kommunisten haben ihre Hauptaktion vornehmlich auf die großen Industriebezirke verlegt, und hier taten sie es mit einem so ungeheuren Aufwand, daß die Annahme berechtigt erscheint, daß aus dem notleidenden Rußland wieder große Stipendien an die kommunistische Partei geflossen sind. In der anderen Richtung ist ihre Stimmung gedämpft. Der Kommunistenführer Jwan Kaja hat kürzlich in einem Korrespondenzartikel auf einen Stimmentgang von 30 bis 50 Prozent vorbereitet.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Nach den hier aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Berichten haben die jetzt zu Ende gehenden Wahlkämpfe einen für die Sozialdemokratie Erfolg verhelfenden Verlauf genommen. Die Auseinandersetzungen bewegen sich auf einem höheren Niveau, als bei den vorigen Wahlkämpfen. Nur vereinzelt ist es noch zu Störungen durch Wälfisch und Kommunisten gekommen. Die Einrichtung des Banners Schwarz-Rot-Gold hat sich außerordentlich gut bewährt. Die Gegner der Republik haben jetzt erfahren, daß diese doch nicht auf so schwachem Fundamente ruhen wie sie bisher zu glauben schienen. Mit Ausnahme aller Kräfte sind unsere Parteigenossen am Werke, um die Sozialdemokratie wieder zur alten, unüberwindlich vorwärtstrebenden Bewegung zu machen. Man darf hoffen, daß der 7. Dezember ein Siegestag für die deutsche Sozialdemokratie werden soll.

Die Labour Party an die SPD.

London, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Der Vorstand der Arbeiterpartei hat eine Resolution an die deutsche Sozialdemokratie gefaßt, in der es heißt, ein Sieg der Sozialdemokratie in Deutschland würde einen Ansporn und einen unmittelbaren Beitrag für einen dauernden Frieden in Europa bedeuten.

Breitschid über den Fall Mathusius.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Genosse Breitschid teilt aus seinen Erfahrungen während seines letzten Aufenthalts in Paris mit, daß der deutsche Botschafter sich wiederholt dringend an die deutsche Reichsregierung gewandt hatte, damit sie für die Begnadigung des Generals Mathusius etwas tue. Es kam aber aus Berlin keine Antwort. Es bedarfte erst des Eingreifens der deutschen Sozialdemokraten, um die Begnadigung des Generals herbeizuführen.

Der Reorganisator Deutschlands.

„Deutschland muß reorganisiert werden, dessen empfohlen halten sich die Aktionäre und Reaktionäre.“ Das ist der Sinn der Lügenkampagne, die von den Schwarz-Weiß-Roten auf den Vitis-Säulen und auf dem gebuldeten Zeitungspapier geführt wird. Der Völkch ist über eine Tragödie gefallen, aber die Akteure der alten haben sich neu geschminkt und möchten ein neues Spiel beginnen. Es war die „Tragödie Deutschlands“, die 1918 zu Ende gegangen ist, und es ist in dem so betitelten Buch eines bekannten Diplomaten folgende bezeichnende Stelle zu finden:

„Die englischen Schiffe trugen 43,3 und 38,1 Zentimeter in vorzüglichen, in Deutschland aus Industriekonzerngründen unterschätzten Armstrong-Geschützkonstruktionen. Glücklicherweise hatten die Deutschen in Scheer einen dem englischen Admiral (in der Schlacht vor dem Skagerak D. R.) weit überlegenen Führer, sonst wären sie von den viel besseren englischen Geschützen vernichtet worden. In vielen Blättern ist zu lesen: „Wir lagen unter dem schweren Feuer der feindlichen mächtigen Artillerie. Unsere Geschosse gingen sämtlich zu kurz, da unser Kaliber nicht ausreichte. Es war zum Verzweifeln.“ Trotz ihres Erfolges war die deutsche Flotte nicht mehr in der Lage, es auf eine Wiederholung des Duells im Laufe des Krieges ankommen zu lassen. Sie war konstruktiv dazu nicht fähig, diese Flotte, wegen deren Bau Wilhelm II. und Tirpitz den Bruch mit England und damit den Weltkrieg riskierten. Also

auch hier hatte Tirpitz vollkommen versagt. Sein Eigensinn oder andere Eigenschaften ließen die tapferen deutschen Wägen Jungen mit Geschützen, die 19 Kilometer trugen und 85 Zentner schwere Geschosse versandten, gegen Geschäfte von 20,5 Kilometer Reichweite und 17 Zentner Geschösgewicht verbluten.“

Kein „internationaler Margist“, der das schreibt, nein, einer der mit dem Herzen auf der anderen Seite steht, dem aber die Liebe zum eigenen Volk und zur Wahrheit es verwehrt, an der Lügenkampagne seiner Klassenossen teilzunehmen. Es gibt hier und da ja auch weise Raben. Aus dem aber, was er objektiv feststellt, ist zu entnehmen:

1. daß deutsche Männer nutzlos verbluten mußten um des Profits der Schwerindustrie willen. Wir kennen ja andere Beispiele. Wir wissen ja, daß Kriegsmaterial über neutrale Länder im Jahre 1916 an Frankreich und England geliefert und der deutschen Heeresleitung vorenthalten wurde. Wer das fürchterliche Sommeschlachten überstanden hat, weiß heute einwandfrei, warum es an Kanonen und Munition, warum es an Schachdrat und anderem gefehlt hat, warum so die Kameraden neben ihm ihr Hirn und Herzblut verspritzen mußten, in dem Schindrek verkommen: alles um des Profits, alles um der Dividenden willen. Das ist das eine, was nicht vergessen werden darf. Und das
2. daß es der Herr von Tirpitz war, der die Rüstungsindustrie an der Flotte verdienen ließ, wofür das deutsche Volk mit dem Blut seiner Söhne, mit der Vernichtung seines Wohlstandes bezahlen mußte.

Und jetzt sechs Jahre nach dem furchtbaren Norden? Jetzt wird dieser Tirpitz von der Partei Halb und Halb als der „Reorganisator Deutschlands“ angepriesen. Aktionäre und Reaktionäre erheben ihn aufs Schild, ihn, einen der Hauptverfasser der ersten Tragödie Deutschlands, damit er ein zweites gleiches Spiel inszeniere. Weiß jeder, was das heißt?

Die SPD. über sich selbst.

„Der große geschichtliche Fehler der SPD. hat darin bestanden, daß sie die Massen in ihren Illusionen bestärkte, statt sie davon zu befreien! Aus dem Spartakuskampfe 1918—19, aus dem Rapp-Bußch 1920, aus dem Märzaufruf 1921 nichts gelernt und alles vergessen zu haben, das war der Fehler des Oktobers.“

Wörtlich dem Austruf des Zentralauschusses der Kommunistischen Partei vom 18. Oktober 1924 entnommen.

Unser Kampf gegen das Regierungssystem.

Die Demonstrationsversammlungen unserer Partei.

Das brutale Herrschaftssystem in der Tschechoslowakei, das in der letzten Zeit noch gewaltig verschärft wurde und die dadurch gesteigerte Opposition der sozialdemokratischen Partei gegen die Politik dieses Staates hat eine Protestaktion hervorgerufen, die in allen Organisationsgebieten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit größtem Nachdruck durchgeführt wurde und noch durchgeführt wird. Vor etwa zehn Tagen setzten in allen Parteikreisen und Bezirken die Rundgebungen ein, in denen sich die organisierte Arbeiterschaft mit unerschütterlichem Willen bereit zum Kampfe gegen die arbeitsindische, imperialistische und nationalistische Politik dieser tschechoslowakischen Republik erklärte.

Noch ist diese Aktion nicht abgeschlossen, noch finden täglich in Bezirksstädten und auch sonst in kleineren Orten diese Versammlungen statt, zu denen die Partei ihre Anhänger aufrief. Der größte Teil der Versammlungen aber ist schon vorüber und darum heute schon ein Urteil über diese Aktion und den Widerhall erlaubt, den die Verschärfung der Gewaltmaßnahmen der tschechoslowakischen Machthaber in den Reihen des Proletariats gefunden hat. In allen Versammlungen die bisher tagten — es dürften ihrer schon weit mehr als hundert gewesen sein — wurde der leidenschaftliche Protest der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen das sozial-

und nationale Unterdrückungssystem fund, überall blühten die Demonstrationen die Taktik und die Haltung unserer Partei im allgemeinen und ihrer parlamentarischen Vertretung im besonderen.

Wir sind außerstande, die riesige Zahl der Versammlungen auch nur zu registrieren, geschweige denn, über ihren Verlauf im einzelnen zu berichten. Im roten Westböhmen, im proletarischen Erzgebirge, in den Industriebezirken des Aussiger und Bodenbacher Kreises, in Nord- und Ostböhmen sowie in den deutschen Gebieten Mährens und in Schlesien — überall legten gut besuchte, kampfbestimmte Versammlungen Zeugnis ab davon, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, den Parolen der deutschen Sozialdemokratie weiter zu folgen und mit ihr den Kampf gegen das als imperialistische Regime dieses Staates zu führen. Unseren Versammlungsrednern, den Abgeordneten und den übrigen Funktionären der Partei, ist es gelungen, den Arbeitern die Schwere der Kampfstellung, die unsere Partei bezieht, verständlich zu machen. Die sozialdemokratische Partei beweist von neuem in dieser Aktion ihre alte Kraft, der es auch gelingen wird, den verächtlichsten Kampf, der nunmehr einleitet hat, erfolgreich und im Sinne der breiten Massen des klassenbewußten Proletariates zu Ende zu führen.

Ministerreden

im Budgetausschuß des Senates.

In der gestrigen Sitzung des Rumpfausschusses des Senats wurde das Budget „erledigt“. Am letzten Tage der Beratung gab es, so wie an den vorangegangenen Tagen, wiederum einige Ministerreden.

Ein Volkswirtschaftsministerium?

Ernährungsminister Dr. Franke verweist auf die Vorwürfe, daß das Ministerium viel Geld kostet. Der Minister wünscht, daß die anderen Ressorts ein so geringes Defizit hätten, wie das Ernährungsministerium. Der Minister behauptet, daß in der Koalition alle Ressorts gleichwertig behandelt werden. Das Ministerium habe eine ganze Reihe von Aufgaben, so die Liquidation der Kriegswirtschaft, die Schaffung einer preisbildenden Politik und den Kampf gegen die Teuerung. Es ist nötig, daß die Konsumenten ein Organ zur Vertretung ihrer Interessen haben. Der Minister behauptet, daß es ein Vorzug unseres Koalitionssystems sei, daß wir als einziger Staat in Europa den Antiteuerungskampf systematisch führen. (Das sagt der Minister am selben Tag, an dem der Großhandelsindex auf 1020 gestiegen ist! Anmerkung der Redaktion.) Die Aufhebung des Ernährungsmini-

steriums sei ebenso unmöglich wie die anderer Ressorts. Es besteht die Hoffnung, daß in der Koalition die Anschauung, daß wir ein einziges Volkswirtschaftsministerium haben werden, sich durchbringen wird.

Die Versicherung der Alten — fertiggestellt.

Minister für soziale Fürsorge Habrman zählt die Aufgaben seines Ressorts auf und verweist auf die Neuheit dieser Aufgaben. Was die Bewegung anlangt, so sind bei uns auf Grund des Gesetzes über die Baubewegung 2514 Mietshäuser mit 23.845 Wohnungen, 17.246 Familienhäuser mit 19.522 Wohnungen gebaut worden. In der Hinsicht der Baubewegung können wir nicht mehr leisten und über das neue Gesetz wird gerade verhandelt. Für Prag wird man etwas Besonderes tun müssen. Der Minister bespricht sodann die Wohnungsverhältnisse in Prag, streift die Kriegsbeschädigtenfrage, wobei er die Abnahme von 74.395 Rentnern konstatiert. Was die Arbeitslosigkeit anlangt, so machen wir alles, was wir überhaupt tun können. Der Minister bespricht den Fortgang der Arbeiten der Sozialversicherung der Selbständigen und teilt mit daß das Gesetz über die Versicherung der über 65 Jahre Alten bereits fertig sei.

scheinen besser als anderswo. Der Versammlungssaal ist dicht gefüllt, gegen 300 Besucher mögen es sein. Es herrscht disziplinierte Ruhe, zum erstenmal gibt es keinen Gegenredner und ich muß dem einhabstündigen Referat auf Wunsch noch ein längeres Schlusswort beifügen. Als Kollegen vom Fach sitzen wir dann bis 3 Uhr bei anregendem Gespräch. Es war eine der schönsten Versammlungen.

Donnerstag abend Freiberg, eine Stadt mit 28.000 Einwohnern. In der Umgebung die großen Rudenhütten, dann Kleinindustrie aller Art. Der Versammlungssaal ist riesengroß. Binnen 14 Tagen drei Wahlversammlungen und alle drei glänzend besucht. Der Saal, ein Nebenraum, die Galerie, alles voll, die Genossen schähen auf wenigstens 1000 Besucher. Auch diese Versammlung verläuft ruhig ohne Gegenredner. Es sind fleißige, brave Genossen am Werk.

Und das ist der Eindruck: die Bewegung geht unaufhaltsam vorwärts. Siegeszuversicht liegt auf allen Genossen und Genossinnen. Die Opferwilligkeit ist trotz der herrschenden Not eine bewundernswürdige. In jeder Versammlung werden pro Besucher durchschnittlich 10 Pfennig, 50 Heller, freiwillig bezahlt. Die Wahlauslagen allerdings sind nicht geringe. Wegen den bürgerlichen und kommunistischen Wut von Anführern und Blakaten ist Gegenmaterial nötig. Die Plakatschlacht wird dabei besonders von den Sozialdemokraten entzündet. Der vorwärtstreibende Drang äußert sich auch hier. So wird die Wahl vom 7. Dezember jedenfalls dem deutschen Volke einen anderen Reichstag geben als den vom 4. Mai!

J. B.

Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen, statt zusammen den Kapitalismus zu bekämpfen! Man muß nur den Versuch machen, sich vorzustellen, was erreicht werden könnte, wenn alle diese Kräfte, die so nutzlos verpulvert wird, gegen den gemeinsamen Massenfeind ausgenützt werden könnte.

Montag abend Schwetznitzburg, ein Textilarbeiterdorf bei Grimnitzschau. Knapp 100 Besucher, darunter die unvermeidlichen sechs Kommunisten. Meine Stimmgabel sind schon etwas erschöpft, ich spreche also ruhig und man sagt mir nachher, ich hätte dabei einen väterlichen Unterton entwickelt. Jedenfalls wurden die sechs, die vorher den Versuch des Kravallstürens gemacht hatten, immer stiller.

Dienstag abend eine große Versammlung in Dresden-Cotta. Der große Saal der Constantia ist dicht gefüllt, die Kommunisten werden durch etwa 30 bis 40 ganz junge Leute, die gar keine Wähler sind, redifiziert, einer von ihnen spricht. Da er die selbige Redezeit von 20 Minuten beharrlich überschreitet, wird ihm das Wort entzogen. Darob Rabau, doch binnen zwei Minuten hat der vom Reichsbanner Schwarzrot-gold gestellte Saalbesuch die Ruhestörer aus dem Saal gedrängt. Ruhig geht die Versammlung zu Ende.

Mittwoch in dem schönen Erzgebirgsort Schmiedberg unsern der Grenze bei Zinnwald. Naturfreunde berichten von vielen Besuchern in der Rinnwalder und in der Moorbachhütte. Hier spannt sich schon internationales Versehen von Land zu Land. Metallarbeiter sind es, die in einem großen Güterwert arbeiten, die Löhne

Zum Karlsbader Gewerkschaftstongress.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1920 bis 1924

Dem heute in Karlsbad sich versammelnden zweiten ordentlichen Kongress des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei liegt die Zentralgewerkschaftskommission einen umfangreichen 230 Seiten umfassenden und außerordentlich instruktiven Bericht vor. Der uns zur Verfügung stehende Raum erlaubt es uns nur, einige Wenige aus diesem Bericht wiederzugeben. Jeder gewerkschaftliche Vertrauensmann, jeder Funktionär der Gewerkschaften, aber auch jeder politische Vertrauensmann, jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird diesen Bericht mit vielem Nutzen lesen, denn er enthält nichts weniger als eine Geschichte dieser Zentralinstitution unserer Gewerkschaften in den letzten vier Jahren.

Die Gewerkschaften haben wie in allen Ländern so auch in den deutschen Gebieten dieses Staates schwere Tage hinter sich. Dem beispiellosen Ausschlag der Gewerkschaften unmittelbar nach dem Krieg folgte ein Rückgang, der erst im heutigen Jahre zum Stillstand gekommen ist. Im Jahre 1921 betrug der Mitgliederbestand 38.657, im Jahre 1922 79.178 und im Jahre 1923 68.227. Aber schon gegen Ende 1923 gelangte dieser Mitgliederbestand zum Stillstand und im Jahre 1924 ist bereits eine mäßige Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Mit Recht bemerkt der Bericht, daß wenn uns auch wirtschaftliche bessere Zeiten beschieden gewesen wären, nicht jene Zahl der Mitglieder in den Gewerkschaften erhalten geblieben wäre, welche der Massenstrom der Nachkriegszeit gebracht hat. Vor allem aber hat die größte Wirtschaftskrise, die sich je auf unserem Boden abgepielt hat, hunderttausende von Arbeitern arbeitslos gemacht und so die Gewerkschaften geschwächt. Dazu kommt noch die unheilvolle Tätigkeit, welche die Kommunisten ausgeübt haben. Die Wirkung des Entstehens der kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung ist — wie man jetzt in der ganzen Welt erkennt — einzig und allein die gewesen, die Arbeiterschaft zu schwächen und damit auch die Waffen abzutunpfen, welche die Arbeiterschaft im Kampfe gegen das Kapital führt.

1920 betrug die Anzahl der Mitglieder der 24 dem Gewerkschaftsbunde gegenwärtig angeschlossenen Verbände 403.211, 1921 364.534, 1922 285.376, 1923 217.149 und am 30. Juni 1924 218.929. Während gerade jetzt die Feinde der Arbeiterklasse von einer Massenflucht aus den Gewerkschaften reden zeigt es sich, daß nach Überwindung der Wirtschaftskrise die Verbände sich wieder aufwärts entwickeln. Was die Verteilung der Geschlechter anbelangt, so gab es im deutschen Gewerkschaftsbund 1920 107.987 Frauen oder 26,78 Prozent der Mitglieder, 1923 54.248 Frauen oder 24,97 Prozent. Die Zahl der Frauen ist also auch relativ zurückgegangen. Die Auflage der Fachblätter betrug 1920 414.100, 1923 229.317. Die Gesamtannahmen der Verbände in den Jahren 1920 bis 1923 betragen 118.293.060,73 K. die Gesamtausgaben 110.687.524,13 K. Der Vermögensstand (der Wirtschaftskrise ist in diesen Ziffern nicht enthalten) belief sich 1920 auf 14.027.496,04 K., 1923 auf 16.009.625,49 K. Finanziell sind also die Verbände stärker als sie 1920 waren.

Trotz des Rückganges in der Zahl der Mitglieder seit dem letzten Gewerkschaftstongress im Jahre 1920 ist die innere organisierte Entwicklung unserer Gewerkschaften fortgeschritten. Während die Gewerkschaftsbewegung in anderen Ländern eine große Zahl von Verbänden aufweist, bestehen innerhalb des deutschen Gewerkschaftsbundes nur 24 Verbände und es fanden in den vier Jahren Verhandlungen von mehreren Verbänden wegen Verschmelzung statt, die in einem Maße zu einem Erfolg führten, indem 1922 der Verband der Ostgewerbetreibenden und Hausangestellten sich mit dem Verband der Lebensmittelarbeiter vereinigte. Gewerkschaftliche Verbände noch Verhandlungen schlossen dem Kammerarbeiter und dem Glaserarbeiter, eventuell dem Bauarbeiterverband sowie dem Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiterverband mit dem Zentralverband der Arbeiterschaft in der Lebens- und Genussmittelindustrie, schlossen sich Verbänden zwischen dem allgemeinen Arbeiterverband und dem Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr. Alle dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiterorganisationen sind in einer Vereinigung der Arbeiterorganisationen im deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommen und ebenso besteht ein Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter.

Sehr bewährt haben sich in der Zeit, da es nicht möglich war, einen Gewerkschaftstongress einzuberufen, die Vorstandskonferenzen, deren seit dem ersten Gewerkschaftstongress festgestellt worden haben und die eine Reihe wichtiger

Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften gefaßt haben.

Die Jahre 1919 und 1920 brachten eine Flut von Lohnbewegungen und trotz des Rückschlages, den die Arbeiterbewegung erlitten hat, ist die vertragliche Lohnpolitik nahezu überall zur Anerkennung gelangt. In den vier Berichtsjahren 1920, 1921, 1922 und 1923 hat es im Organisationsgebiet des Bundes 68 Ausprägungen mit 70.248 Beteiligten gegeben. Lohnbewegungen überhaupt gab es 4392 mit 1.121.319 Beteiligten. Verträge wurden in der Anzahl von 3678 für 1.287.228 Beteiligten abgeschlossen, 491 Streiks mit 11.024 Beteiligten mußten durchgefochten werden (abgesehen von den großen Bergarbeiterstreiks der letzten Jahre). Während die Lohnkämpfe in den Jahren 1919 bis 1921 infolge der Nachkriegskonjunktur Lohnbewegungen mit sich brachten, stellte die Wirtschaftskrise 1922 und 1923 die lohnpolitische Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen auf den Abwehrkampf gegen den von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau ein. Auch hier befinden sich seit 1924 die Gewerkschaften wieder im Vordringen. Die Macht, die die Unternehmer während der Wirtschaftskrise zugeführt, machte sie jedoch Lohnkämpfe weniger zugänglich, jedoch kam sich auf schwerere gewerkschaftliche Kämpfe in der nächsten Zeit gefaßt machen muß. Die Taktik der Gewerkschaften für diese nächsten Kämpfe zu bestimmen, ist gleichfalls eine Aufgabe des Kongresses.

Eines der wichtigsten Probleme, welches dem deutschen Gewerkschaftsbund gestellt ist, ist die Verständigung mit der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Zusammenbruch war diese Verständigung schwer möglich, weil die tschechischen Gewerkschaften den Grundsatzen vertreten, daß mit der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete deren Schicksal dauernd entschieden sei und daß von da an die deutschen Arbeiter und Angestellten in diesem Gebiete den tschechoslowakischen Gewerkschaften beizutreten hätten. Erst im September 1920 konnte eine gemeinsame Konferenz von Vertretern beider Gewerkschaftszentralen stattfinden, deren Ergebnis die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses war, welcher eine Verständigung der beiden Gewerkschaftszentralen vorbereiten sollte. Dieser Ausschuss hat bisher vier Sitzungen abgehalten und zwar im Oktober 1921, zwei im Mai 1924 und die letzte im Oktober 1924. Während der deutsche Gewerkschaftsbund auf dem Standpunkt stand, daß die endgültige Organisationsform das Ergebnis der gemeinsamen Organisationsarbeit sein muß hat die Gewerkschaftsbewegung die Vermittlung der Verbände vorberedung gemacht. In der letzten Zeit sind die ins Leben geratenen Verhandlungen unter Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wieder fortgeführt worden. Die nächste Sitzung ist für den Sommer 1925 festgesetzt. Erzdern also die Verhandlungen vorwärts zu seinem Resultat geführt haben, — die gesamten Vorschläge sind in dem hier besprochenen Bericht genau niedergelegt, was den Wert des Berichtes ungemein erhöht — bestehen lebhaft Beziehungen zwischen dem deutschen Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsvereinigung angeschlossener Verbände. Es ist zu hoffen, daß in den nächsten Monaten ein Erfolg in diesen Verhandlungen erzielt wird.

Der Bericht enthält sodann ein ungemein reichhaltiges Material über die Tätigkeit der Arbeitergewerkschaftskommissionen, die Bundesarbeit, (insbesondere die Betriebsräte), die wirtschaftlichen Aktionen, die unternommenen politischen Arbeiten des Gewerkschaftsbundes, die Stellung zur Steuerfrage, die internationalen Aktionen des Bundes — was alles wir auch nicht einmal zusammenfassend wiedergeben können. Die knappe Skizzierung aller Aktionen des Bundes allein würde viele Seiten in Anspruch nehmen.

So ist es eine ungeheure Fülle gewerkschaftlicher Arbeit, von der der Bericht des deutschen Gewerkschaftsbundes erzählt. Mögen die Feinde der Arbeiterklasse nur weiter höhen mögen sie den durch Wirtschaftskrise und kommunistische Spaltungsarbeit verursachten Schäden, den die Sache der Arbeiterschaft erlitt, in ihrer Presse immer wieder hervorheben. Die vier Jahre Gewerkschaftsgeschichte zeigen uns, daß die Methoden der freien Gewerkschaften bewährt sind. In der Zeit der Arbeit, in der Zeit der Not und des Gedränges der Arbeiter waren die Gewerkschaften die besten Verbände in die die Arbeiterschaft verfaßt hat. Der Ausschluß der Arbeiterklasse vor dem Unternehmen führt, was auch manches Vorwerk preisgegeben worden sein, die Bureaucratie ist gerichtet, das Meer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Angriff bereit um das verloren Geringere wieder zu erobern. Schon jetzt zeigt sich, daß das Vertrauen auch neuer Arbeiter, die hoffnungslos und indifferent geworden sind, zu den Gewerkschaften wiederkehren. Die Zeit des Rückschlages ist vorüber, die Zeit des Vormarsches hebt an. Möge der Gewerkschaftstongress, der heute in Karlsbad zusam-

mentritt, fruchtbare Arbeit für das Proletariat leisten, möge er die Arbeiterschaft für die weiteren Kämpfe mit dem Kapital kräftigen!

Die Tagesordnung des Kongresses.

Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses wurde wie folgt festgesetzt:

1. Eröffnung und Konstituierung des Kongresses.
2. Bericht der Zentralgewerkschaftskommission; a) allgemeiner Bericht, Berichterstatter Franz Macoun, b) „Gewerkschaftliche Rundschau“, Berichterstatter Anton Schäfer, c) Kontrolle, Berichterstatter August Hecker.
3. Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und die Gewerkschaften, Berichterstatter Ad. Pohl.
4. Ausbau der Organisation, a) Organisationsfragen, Berichterstatter Franz Macoun, b) Bundesarbeit, Berichterstatter Franz Rirchhoff.
5. Arbeitslosenfürsorge, a) Arbeitslosenunterstützung, Berichterstatter Anton Roscher, b) Arbeitsvermittlung, Berichterstatter Edward Hausmann.
6. Die Sozialpolitik in der Tschechoslowakei, Berichterstatter Anton Schäfer.
7. Arbeiter- und Angestelltenrecht, Berichterstatter Dr. Viktor Haas.
8. Wahlen.
9. Angelegenheiten, welche in den vorhergehenden Punkten nicht erledigt werden konnten.

Veranstaltungen in Karlsbad anläßlich des Gewerkschaftstongresses.

Sonntag, den 7. Dezember nachmittags Besichtigung Karlsbads unter Führung der Naturfreunde oder Besuch des philharmonischen Konzerts.

Montag, den 8. Dezember zu Ehren der Delegierten im Schützenhause Festkonzert, 56 Mann des Karlsruher, 200 Arbeiterjungen, Beginn acht Uhr abends. Eintrittskarten zu fünf Kronen sind am Samstag erhältlich und zwar in der Verwaltung des „Bellwille“ und in der Volksbuchhandlung. Sonntag sind die restlichen Karten an der Tageskasse im Schützenhause erhältlich.

Dienstag, den 9. Dezember im Schützenhause abends acht Uhr große Angelegenheitenkundgebung der Staats-, Berufs- und Gemeindeangestellten, Postler und Eisenbahner.

Der Whitleyismus in Großbritannien.

In letzter Zeit ist es in England verschiedentlich vorgekommen, daß „Whitley Councils“ (der englische Typ der Betriebsräte) die Lösung von Arbeitskonflikten herbeiführen. Es mag deshalb von Interesse sein, einiges über den Ursprung und die Natur dieser Institutionen zu vernehmen:

Im Jahre 1915 stellte der damalige Ministerpräsident Asquith ein Regierungskomitee für den Wiederaufbau zusammen. Dieses erwiderte sich als sehr nützlich und erwarb im Laufe der Zeit zur Behandlung der verschiedenen Fragen etwa 40 Unter-Komitees. Eine dieser Körperschaften wurde von J. H. Whitley, dem Oberleiter aller Parlamentskomitees, präsidiert. Es befaßte sich mit der Frage der Schlichtung von industriellen Konflikten und veröffentlichte verschiedene, diesbezügliche Berichte. Der erste derselben erschien im Jahre 1917 und legte die allgemeinen Prinzipien für die „Joint Industrial Councils“, d. h. die paritätischen Schlichtungsausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fest. Das Problem dieser Councils wurde auch auf dem Gewerkschaftstongress des gleichen Jahres behandelt und Clynes trat für diese Institution ein, weil er darin ein Mittel sah, die Löhne in besonders schlecht bezahlten Berufen zu heben. Im Dezember 1917 erklärte sich auch die Regierung offiziell mit dieser Form der Konfliktlösung einverstanden und zu Beginn des Jahres 1918 wurden zunächst in der Töpferei und im Baugewerbe paritätische Schlichtungsausschüsse oder mit andern Worten „Whitley Councils“ eingeführt. Trotz der Opposition verschiedener Mitglieder der politischen sozialistischen Bewegung, so u. a. Sidons Webb, legte sich auch der Gewerkschaftstongress vom Jahre 1918 auf das Prinzip der „Whitley Councils“ fest. Ende des Jahres zählte man bereits 19 „Whitley Councils“, die drei Millionen Arbeiter umfassen. Bis zum Jahre 1920 stieg die Zahl dieser Räte auf 43. In den Jahren 1921 und 1922 war die Entwicklung eine langsame, teils auch infolge des Unwils, daß „Whitley Councils“ nur in Industrien gebildet werden dürfen, wo Arbeiter und Unternehmer national organisiert sind. Den „Whitley Councils“ liegen in mancher Hinsicht die gleichen Prinzipien zugrunde wie Rathenows „Autonomer Wirtschaft“ und Wiffels „Planwirtschaft“ in Deutschland, mit dem Unterschied jedoch, daß Rathenau bei seinem System die Gewerkschaften außer Betracht ließ und Wiffels Planwirtschaft auch den Weg zur Sozialisierung ebnet sollte, während das britische

System auf der Gewerkschaftsbewegung aufgebaut ist und keine so weitgehenden Ziele verfolgt.

Dem Joint Industrial Council steht ein unparteiischer, vom Rat selbst gewählter, jedoch nicht der resp. Industrie angehöriger Präsident vor. Der Rat muß mindestens alle drei Monate eine Sitzung abhalten, auf der die Frage der Löhne, der Arbeitszeit, der Verbringungsfrage, der Produktion, Schlichtung von Konflikten usw. zur Behandlung kommt. Zum Ausbau des Schlichtungsapparates können besondere Körperschaften gebildet werden. Der Rat sorgt ferner dafür, daß die Arbeiter der verschiedenen Industrien mit den Unternehmern in ständigem Kontakt stehen, was zur Folge hat, daß zahlreiche Konflikte und Schwierigkeiten vermieden werden. Die Beschlüsse des Rates sind nicht bindend, noch wird seinen Schlichtungsentscheidungen nachgeholfen.

Die wichtigsten neuesten Erfolge auf dem Gebiete der „Whitley Councils“ lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die langwierigen Verhandlungen in der Schuhindustrie wurden glücklich beendet und zeitigen eine beträchtliche Lohn-erhöhung. Ferner sind die Löhne der Trans-angestellten in den Provinzen standardisiert und stabilisiert worden. Endlich wurden die Distriktsräte der Arbeiter der Elektrizitätswerke, denen vom nationalen Schlichtungsausschuss eine Lohn-erhöhung von zehn Schilling verweigert worden war, angewiesen, womöglich lokale Lohn-erhöhungen herbeizuführen. Solche Distriktsräte werden von den nationalen Räten gebildet und unter-liegen denselben. So gibt es auf dem Gebiete der elektrischen Kraftwerke 13 Distriktsräte für 360 verschiedene Unternehmen. In den fünf Jahren, die es in dieser Industrie „Whitley Councils“ gibt, hat sich die Anzahl der Konflikte beträchtlich verringert. Auf andern Gebieten können wegen mangelnder Referatsverzeichnisse weniger weniger Referatsverzeichnisse angegeben werden. Dies gilt besonders für die Staatsbeamten.

Katastrophaler Rückgang der kommunistischen Gewerkschaften in Deutschland. Auf der Reichskonferenz der sogenannten „Selbständigen Verbände“, d. h. derjenigen Organisationen, die von Kommunisten als Konkurrenzorganisationen gegen die Gewerkschaften gegründet wurden, jetzt aber auf Grund der Einheitsfronttaktik aufgelöst werden sollen, machten die Delegierten bemerkenswerte Angaben über den Stand der kommunistischen Bewegung. So wurde zum Beispiel mitgeteilt, daß die Kommunisten im Berliner Bezirk in den Gewerkschaften so gut wie gar keine Zelle mehr haben. In Mansfeld, einem mitteldeutschen Berg- werksgebiet, das zu den kommunistischen Hoch- burgen zählte, ist die kommunistische Partei von 13.000 Mitgliedern vor einem Jahre auf jetzt 300 gefallen. Die kommunistische Union der Hand- und Kopfarbeiter ist von 100.000 auf etwa 10.000 Mitglieder zurückgegangen. Lehre: Die Kommu- nisten sind nun für die Einheitsfront, weil sich die zweite Front nicht halten ließ. Und die Ar- beiter sind die armen Versuchsanfänger.

Frauenarbeit in Deutschland. Einem im Organ des Bundes der freien Angestellten (MfA) veröffentlichten ausführlichen Artikel von Hanna Herz über die Frauenarbeit in Deutschland ent- nehmen wir folgende Angaben: Bis zu Beginn des Weltkrieges zeigte sich unverkennbar eine Zu- nahme der weiblichen Erwerbstätigkeit. Dagegen brachten die ersten Kriegsjahre einen Rückgang, der erst im Jahre 1916 zum Stillstand kam. In der zweiten Kriegshälfte setzte — wie in allen kriegsführenden Ländern — eine beträchtliche Zu- nahme der Frauenerwerbsarbeit ein. Die Zeit unmittelbar nach dem Kriege war der Ausdehnung der Frauenarbeit nicht günstig, außerdem glaubte man in der Einschränkung der weiblichen Er- werbsarbeit ein Heilmittel gegen die drohende Arbeitslosigkeit gefunden zu haben. Der weitere Aufstieg der Frauenarbeit ließ sich aber auf die Dauer nicht hemmen. Nach den Hauptergebnissen der Krankenversicherung betrug im Jahre 1921 die Zahl der versicherten männlichen Personen 10,6, die der weiblichen 6,8 Millionen. Für die in der Industrie beschäftigten Personen geht aus den Statistiken der Gewerbeaufsichtsämter eben- falls eine Steigerung der erwerbsfähigen Frauen hervor. Dennach ist der Anteil der Frauen an der Produktion in den Jahren nach dem Kriege stärker geworden als vor dem Kriege war. Während des Krieges war es den Frauen gelungen, auch in den großen Industrien vorzudringen und es kann festgestellt werden, daß sie die eroberten Arbeitsgebiete zum größten Teil auch nach dem Kriege halten konnten. Auch in den freien Be- rufen und in den öffentlichen Diensten hat die Erwerbstätigkeit der Frauen erhebliche zugenom- men. Noch immer stehen die Löhne der Frauen hinter denen der Männer zurück. Am ungünstig- sten liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft, wo auch heute noch nahezu die Hälfte aller er- werbstätigen Frauen beschäftigt sind und die rüd- ständigsten Arbeitsbedingungen herrschen. Hier betragen die Löhne der Frauen nur zwei Fünftel des männlichen Lohnes. In der Industrie schwankt das Verhältnis zwischen 53 und 75 Prozent. Im Jahre 1921 waren in Deutschland rund 2,25 Millionen gewerkschaftlich organisiert.

An unsere Leser!

Da der auf Montag, den 8. d. fallende Feiertag tarifmäßiger Feiertag der Buchdrucker ist, entfällt die Dienstagnummer unseres Blattes. Die Sonntagnummer liegt daher drei Tage auf.

Strefemanns Rüllischwür.

Durch die reichsdeutsche Presse geht eine famose Berührung Strefemanns, die einen Dortmund'ser Dinkelpinke zum Verfasser hat:

„Wir sind ein einzig Volk von schwankenden Gestalten.“

Wir wollen Deutschlands Gloria verwalten.

O, Herr im Himmel, mach uns frei — erlöse!

Pompfortlands!“

„Wir wollen frei sein wie zu Willens Zeiten.“

Wir wollen siegreich gegen Frankreich streiten.

Wir han'n auf unser Recht und unser Schwert aus

Pappe

Und uns're Klappe!“

Also schwört Strefemann in Feldenpose.

Und übermorgen rüllischwürdt der Lohse

In Pinne, Pankow oder Kastenweil

Das Gegenteil!

Heil!

Tages-Neuigkeiten.

Das wahre Gesicht der tschechoslowakischen Banken.

Wie die Bankdirektoren ihre Angestellten gerne behandeln möchten.

Wir haben bereits gestern den Inhalt des von den Banken ihren Angestellten vorgeschlagenen neuen Arbeitsvertrages mitgeteilt. Auf einige Bestimmungen dieses Vertrages muß jedoch noch die Aufmerksamkeit aller arbeitenden Menschen und der gesamten Öffentlichkeit gelenkt werden, damit man sehe, was das Finanzkapital von seinen Angestellten verlangt.

Die Herren Bankdirektoren wollen sich vor allem die Möglichkeit schaffen, einen Beamten zu entlassen, wann sie wollen. Deswegen streben sie eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen über das Definitivum an. Während bisher ein Beamter definitiv war, wenn er zwei Jahre beschäftigt gewesen ist, soll er nun mindestens zehn Jahre in der Bank angestellt sein, um das Definitivum zu erlangen. Aber auch da nur, wenn die Bank will und wenn der Arzt — natürlich der Anstaltsarzt, der von der Bank abhängig ist — ein Attest über seine Gesundheit ausstellt. Mit anderen Worten, wenn die Bank nicht will, wird ein Beamter nie definitiv und sollte sich der Beamte in den zehn Jahren so geschunden haben, daß seine Gesundheit darunter gelitten hat, wird er nicht definitiv und — fliegt einfach aufs Pflaster.

Grotesk sind geradezu die Bestimmungen des Vertragsentwurfes der Herren Bankdirektoren über die Arbeitszeit. Ueber die bezahlten Ueberstunden wird gar nichts erzählt. Das hüten die Herren Bankdirektoren prägnant als Geheimnis in ihrem Busen. Jedenfalls wird die Bilanzarbeit nicht als Ueberstundenarbeit gezählt. Der Beamte mag während der Bilanz bis in die Nacht sitzen, er bekommt die Ueberstunden nicht bezahlt.

Ungeheuerlich geradezu aber sind die Bestimmungen, die sich auf die Verhinderung eines Beamten beziehen. Man kann nichts dagegen einwenden, wenn der Beamte verpflichtet wird, seine Verhinderung der Direktion bekanntzugeben. Aber daß derjenige, der die Verhinderung nicht rechtzeitig erstattet, disziplinarisch gestraft werden kann, mit anderen Worten, daß ihn die Direktion als Hochverräter gegen die Entlassung präferieren kann, ist so ungeheuerlich, daß die Durchführung unmöglich erscheint.

Wie die Banken ihre Angestellten werten, geht auch daraus hervor, daß sie bei chronischen Krankheiten keinen Gesundheitsurlaub erteilen wollen. Wenn also jemand lungenkrank ist und sich die Möglichkeit bietet, durch einen mehrwöchigen Urlaub sein Leben zum Stillstand zu bringen, sich so zu erholen, daß die Krankheit nicht fortschreitet, wird kein Urlaub gegeben. Wägen ihre Angestellten an Tuberkulose zugrunde gehen, wenn nur das Finanzkapital verdient.

Das sind so einige Bestimmungen, die den Geist der Bankdirektoren widerspiegeln. Die Herrschaften betätigen sich zwar in allen möglichen Wohltätigkeitsvereinen und spielen sich als die Wohlthäter der Menschheit auf, die alle Not und alles Elend lindern möchten, aber ihren Angestellten gegenüber sind sie nichts anderes als — gewissenlose Ausbeuter.



Reval, die Hauptstadt Estlands, war in den letzten Tagen der Schauplatz eines leichsinnig inszenierten kommunistischen Putches, der mehr als hundert Arbeitern das Leben kostete.

Bücherausstellung. Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten veranstaltet eine gestern, am 5. d., eröffnete Ausstellung von Weihnachtsbüchern in den früheren Räumen der Krankenkasse in Prag V., Josefovská 11. Die Ausstellung ist an allen Wochentagen von 6 bis 8 Uhr, an Samstagen von 4—8 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 9—12 Uhr geöffnet.

Furchtbare Brandkatastrophe in einer slowakischen Grube. Wie aus Preßburg gemeldet wird, brach Donnerstag früh im Nordbacht der Kriegserhänger (Handlosaer) Gruben aus unbekanntem Grund ein Feuer aus. In der Folge explodierten die Kohlenlöcher. In der Explosionsstelle arbeiteten gerade zehn Arbeiter, von denen bisher sieben alle sehr gefährlich verbrannt, geborgen werden konnten. Die Arbeiten zur Rettung der übrigen drei Arbeiter wurden sofort aufgenommen.

Organisation der staatlichen bakteriologisch-diagnostischen Stationen in Prag. Die vom Ministerium für Gesundheitswesen im Vorjahr eingeführte unentgeltliche Untersuchung auf Lues hatte eine Ueberbürdung jener staatlichen bakteriologisch-diagnostischen Stationen in Prag zur Folge, an welche die in den Jahren 1917 und 1918 errichteten Wasser-mannstationen angeschlossen sind (Prof. Dr. Schön und Honl). Da überdies die Verteilung der Agenda auf die einzelnen Prager Stationen nicht mehr eingehalten wurde, hat das Ministerium für Gesundheitswesen, wie wir einem Rundschreiben der politischen Landesverwaltung in den „Ärztlichen Nachrichten“ entnehmen, die beiden vorgenannten Wasser-mannstationen aufgelassen und verfügt, daß alle vier Stationen (Prof. Schön, Bail, Honl und Rahrhel) in gleichem Maße mit allen bakteriologisch-diagnostischen Untersuchungen betraut werden. Schluß einer gleichmäßigen Aufstellung des Untersuchungsmaterials auf die vier Stationen in Prag und zwecks Vermeidung einer Ueberbürdung einzelner Stationen zum Nachteil der anderen wird das Gebiet der politischen Landesverwaltung nach politischen Bezirken in vier Gruppen mit annähernd gleicher Bevölkerungszahl eingeteilt; diese Gruppen werden den von oben an zuständigen Stationen zugewiesen und haben das Untersuchungsmaterial aus ihrem Verwaltungsgebiet in der Regel an sie abzuführen. Der Station des Prof. Bail werden 29 Bezirksverwaltungen (13 deutsche, bezw. gemischt-sprachige und 16 tschechische) zugewiesen, der Station des Prof. Schön 27 Bezirke (15 deutsche, bezw. gemischt-sprachige und zwölf tschechische), der Station Prof. Honl 26 (davon sechs deutsche) und Prof. Rahrhel 24 (mit Einschluß der Stadt Prag), davon zwei deutsche. Daß die sprachliche Einteilung und der Besitz „in der Regel“ allenthalben Unannehmlichkeiten ein Hintertürchen offen gelassen haben, ist aus dem Vorstehenden ersichtlich.

Für den Rechtsheisenden — das Irrenhaus. Das Präsidium des Eisenbahnamministratoriums teilt uns mit: Unter Bezugnahme auf den in Ihrem geschätzten Blatte vom 16. November d. J. veröffentlichten Artikel „Für den Rechtsheisenden — das Irrenhaus“ teilen wir auf Grund der diesbezüglich amtlich gepflogenen Erhebung mit, daß die Staatsbahnverwaltung an der Zuweisung des Inspektors i. R. Johann Sommer an eine Irrenanstalt keinen Anteil genommen hat. Im Gegenteil ist es richtig, daß der Genannte auf Grund des Gutachtens der zuständigen Gerichtsarzte-Ratschente, welche über seine Zurechnungsfähigkeit in der Angelegenheit der strafgerichtlichen Verfolgung, qualifiziert im Sinne des § 99 des Strafgesetzes, sich über die Sache zu äußern berufen waren, in die genannte Anstalt gebracht worden ist. Bei dieser Sachlage sind die Ausführungen des zitierten Artikels, denen zufolge Inspektor i. R. Johann Sommer ein Opfer der Schikane seitens der Staatsbahnverwaltung geworden sein soll, nunmehr null und nichtig geworden.

Die Prager Straßenreinigung im Winter. Jedes Jahr im Winter ertrinken die Prager Straßen geradezu in den Schneemengen. Das Straßenreinigungsamt bereitet nun — wie wir in den „Lidove Noviny“ lesen — eine Reihe von Maßnahmen vor, um diesem Uebelstande entgegenzutreten. Die Stadt Prag hatte bisher nicht genug Schneepflüge, das heißt, im ganzen vierzehn: sechs Automobil- und acht Pferdeplüge, während Dresden

etwa allein vierzig Automobispflüge hat. Eine weitere Schwierigkeit bildet die Anwerbung von Notstandsarbeitern. Das Straßenreinigungsamt hat zwar etwa vierhundert ständige Bedienstete, braucht aber noch 372 Notstandsarbeiter. Im Straßenreinigungsamt werden nun bereits jetzt die mit der Schneeraumung verbundenen Arbeiten genau aufgeteilt. Wie der Schneefall einsetzt, werden die Schneepflüge in die Hauptstraßen ausfahren und den Schnee gegen die Trottoirs werfen. Bei Tag und Nacht werden sie arbeiten. Ihnen werden Arbeiterkolonnen folgen, die den Schnee an den Straßenkreuzungen entfernen werden. Zu derselben Zeit werden bereits die ständigen Angestellten des Straßenreinigungsamtes die Straßen reinigen; die für diese Arbeiten bestimmten Angestellten sind bereits genau aufgeteilt. Es wird bei Schneefall auch an Sonntagen gearbeitet werden.

Rutter und Rind in den Komotauer Klausee gesprungen. Vorgertern abends fand der in der Nähe des bekannten Komotauer Klausees bedienstete Bahnwächter am Ufer des Sees mehrere Frauenkleidungsstücke, eine Boa, einen Kinderanzug und eine Handtasche. In denselben befanden sich einige Lichtbilder, Papiere und ein Seimatschein auf den Namen Franziska Calak, Hilfsarbeiterin aus Köhrsdorf, Bezirk Deutsch-Babel, 1901 geboren, lautend. Die sofort verständigten Sicherheitsorgane versuchten, allerdings infolge der Dunkelheit vergebens, den See abzusuchen. Freitag vormittags setzte man die Bergungsarbeiten fort und gelang es auch, die Leiche einer Frau, welche einen jenseitigen Anaben an die Brust gebunden hatte, an das Ufer zu bringen. Die sofort eingeleiteten Erhebungen ergaben, daß die tote mit der abgängig gewesenen Gattin Franziska des in Komotau wohnhaften Direktors der Landwirtschaftl. Bezirksvorschule Johann Lerch identisch ist. Das Motiv der Tat dürfte in Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

Doppelselbstmordversuch. Der vierzigjährige Geschäftsmann Heinrich Bedert und seine 37jährige Frau Elfriede in Gabelau wurden Montag vormittag ansehend tot aufgefunden. Als die Schwester der Frau Bedert sie hatte besuchen wollen und ihr nicht geöffnet worden war, hatte sie die Wohnung, aus der Gasgeruch drang, gewaltsam öffnen lassen. Die Gashöhne waren aufgebrochen, die Wohnung von Gas erfüllt. Bedert und seine Frau lagen bewußlos im Bett. Der herbeigerufene Stabsarzt stellte bald darauf bei der Frau den infolge Gasvergiftung bereits eingetretenen Tod fest. Der Mann gab noch Lebenszeichen von sich und wurde in das Bezirkskrankenhaus überführt. Die Gründe der Bergungsanstalt dürften in finanziellen Schwierigkeiten und Verlusten des Ehepaars zu suchen sein.

Die Garderobekasse gestohlen. Letzten Samstag wurde bei einer Tanzunterhaltung in Rofen bei Teplitz im Garderoberaume des Gasthauses „Zur Börse“ die gesamte Einnahme im Betrage von 110 K von den in Judmantel wohnhaften J. M. und B. H. entwendet. Die Täter flüchteten, wurden jedoch durch den Oberwachtmann Anton Vogel aus Kosten verfolgt, eingeholt und verhaftet. Das Geld wurde bei ihnen vorgefunden. Die Täter wurden durch die Gendarmerie dem Bezirksgerichte in Teplitz eingeliefert.

Eine Jahresstatistik des gesamten Schulwesens in der Tschechoslowakischen Republik im Schuljahre 1922/23 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in der letzten erschienenen Nummer 95—98 seiner „Mitteilungen“. Im erwähnten Jahre gab es in der Tschechoslowakischen Republik im ganzen 14.660 Schulen (1921/22 12.230), u. zw. 12.910 mit tschechischer oder slowakischer Unterrichtssprache, 5.022 mit deutscher, 935 mit magyarischer, 548 mit russischer, ruthenischer oder ukrainischer, 254 mit einer anderen Unterrichtssprache. Was die einzelnen Schulgattungen betrifft, gab es 16 Hochschulen (darunter vier Universitäten, vier technische Hochschulen, zwei freie Universitäten) mit 26.877 Hörern, (von denen sich 14.400 zur „tschechoslowakischen“, 5.074 zur deutschen, 4.788 zur russischen, 2.615 zu einer anderen Nationalität bekannten); 367 Mittelschulen (1921/22 368), u. zw. 52 Gymnasien, 102 Realschulen, drei Oberrealschulen, 35 Reformrealschulen, 72 Realschulen, 33 Mädchen-Mittelschulen, 67 Lehrerbildungsanstalten und drei fremde Anstalten mit 104.118 Schülern, (von denen 72.430 „tschechoslowakischer“ und 23.435 deutscher Nationalität waren); von den Fachschulen führen wir an 222 landwirtschaftliche Schulen mit 9.147 Schülern, 451 landwirtschaftliche Volks-

bildungsschulen mit 22.314 Schülern und 1.400 gewerbliche Fortbildungsschulen mit 138.333 Schülern. Ferner gab es im angeführten Jahre 13.775 Volksschulen mit 1.788.830 Schülern (1.166.830 „tschechoslowakischer“ und 401.818 deutscher Nationalität) und 37.204 Lehrern (ohne Religionslehrer, Industriallehrerinnen und Lehrer für Nebenfächer); an den 1.615 Bürger Schulen wurden gezählt 291.964 Schüler (213.772 „tschechoslowakischer“ und 67.827 deutscher Nationalität) und 8.441 Lehrer. Außerdem gab es in der Tschechoslowakischen Republik 1.324 Kindergärten, Kinderbewahranstalten und Krippen mit 59.496 Kindern und 68 Schulen und Anstalten für nicht vollstündige und vernachlässigte Kinder mit 4.197 Zöglingen.

Tschechoslowakische Klassenlotterie. (17. Sitzungstag.) Gestern wurden die Grundzahlen 58 und 79 gezogen. 200.000 K gewann: 23.179; 20.000 K gewann: 136.758; je 10.000 K gewonnen: 121.358, 152.158; je 5000 K gewonnen: 5179, 14.079, 21.479, 39.679, 49.158, 49.558, 74.579, 75.179, 89.658, 122.179, 123.158, 177.179, 205.258, 208.579, 210.679; je 1000 K gewonnen: 358, 458, 2179, 9758, 15.479, 20.758, 33.879, 43.558, 46.258, 60.058, 63.258, 68.058, 68.558, 68.579, 95.179, 96.679, 113.758, 114.658, 142.379, 155.879, 159.479, 180.179, 196.858.

Der richtige Mann. Gestern abend sprach in einer rechtspolitischen Wählerversammlung in Fürstena (de der ehemalige Berliner Rechtsanwalt Biederid, der schon vor dem Kriege antisemitischer Agitator war, aber nach Südamerika flüchtete, weil er Mündegelder untergeschlagen hatte. Er tauchte dann beim Rapp-Butsch wieder auf und war damals Pressesekretär der Rapp-Regierung. Die Tagesordnung seiner Versammlung lautete: Worum geht es am 7. Dezember? Um die Ehrlichkeit des deutschen Namens.

Ein deutschnationaler Defraudant. In der Viehverwertungsgenossenschaft Treptom an der Rega, die mit dem Landbund eng verknüpft ist, haben, wie aus Zettin gemeldet wird, mehrere Revisionen durch den Vorstand zur Aufdeckung größerer Unterschlagungen des Leiters der Genossenschaft, eines Herrn von Strbenitz, geführt. Insgesamt sind etwa 30.000 Goldmark als Fehlbetrag festgestellt worden. Die Buchhaltung dieses adeligen Herrn, der natürlich stramm deutschnational ist, ist ein einziges Chaos.

Im Namen des Privateigentums gegen eine genossenschaftliche Gartenstadt. In der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ wird zur Charakterisierung der kapitalistischen Regierung Belgiens folgender Fall mitgeteilt: „In Floreal bei Brüssel haben die Arbeiter Belgiens eine sozialistische Gartenstadt errichtet. Die erste rote Stadt des belgischen Landes. Man konnte die Errichtung nicht hindern; denn dazu gab es keine gesetzliche Handhabe. Deshalb versucht man nun den Geist zu vernichten, der die Idee dieser Stadt geboren hat. Man fordert unter der Drohung: sonst stelle man jede staatliche Unterstützung ein, daß die Häuser nicht Eigentum der Genossenschaft bleiben dürfen, sondern an die Mieter verkauft werden müssen. Da sonst die Idee des Privateigentums durch solche Siedlungen gestört und in der Vorstellungswelt der Massen vernichtet werden könnte.“ So schwach fühlt sich der Kapitalismus heute in einem monarchistischen Land, das Militär und Kolonien hat, und mit solchen Mitteln arbeiten liberale Minister gegen die Idee, die nicht nur sozialistisch, sondern auch christlich sind.“

Die verschwundenen Aktien der Wiener Depositenbank. Die Wiener „Stunde“ meldet, daß eine sensationelle Wendung in der Spiritusaffäre der Depositenbank eingetreten sei. Im September war bekanntlich aus einem Zimmer der Depositenbank ein Aktienpaket plötzlich verschwunden. Nun wird berichtet, daß vor einigen Tagen ein abgehauener Beamter dieser Bank sich beim Untersuchungsrichter meldete und erklärte, Kenntnis von dem Verbleib dieser Aktien zu haben, die sich in der Kasse des Bankgebäudes befinden. Eine Kommission der Wirtschaftspolizei beschlagnahmte sofort diese Aktien. Wie das Blatt weiter meldet, sind die wichtigsten Aktien des Spiritusgeschäfts bereits vor ungefähr einem Jahr nach Prag und Preßburg gebracht worden. Schließlich meldet die „Stunde“, daß der Staatsanwalt gegen einen bekannten Funktionär der Internationalen Spiritus-A.G. Ipog die Strafanzzeige eingeleitet hat. In einer Anzeige wurde hervorgehoben, daß in dem Prospekt der Ipog ein größerer Posten sehr wertvoller tschechoslowakischer Aktien als Aktium der Gesellschaft angeführt wurde, während die Aktienpakete nie geliefert worden sind. Durch diese Prospektwahrheit hätten sich die Aktionäre betrogen gefühlt.

Es lebe der Mgrädige Sowjetchnaps! Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung ein Dekret erlassen, durch welches den kompletten staatlichen Handelsorganen der Verkauf von Alkoholischen Getränken, maximal aber von dreifachgrädigen, erlaubt wird. Für diese Getränke wurde außer der üblichen Abgabe von 75 Kopeken pro Liter noch eine ergänzende Abgabe von 114 Kopeken bestimmt. Es wird also ein Liter mit 34 Kz besteuert sein.

Errichtung deutscher Stahlwerke in Südafrika. „Daily Mail“ berichtet aus Kapstadt, es verlautet, die Regierung verhandle mit deutschen Stahlern über die Errichtung von Stahlwerken in Südafrika in ziemlich großem Umfang. Die Hauptschwierigkeiten bei der Bewirkung dieses Planes seien, wie angenommen werde, in den deutschen Verträgen zu suchen, sehr weitgehende Konzessionen von der Regierung zu erhalten. Die britischen Stahlfabriken seien zu dem Schluß gekommen, daß die Zeit für die Schaffung einer Industrie, die sich selbst erhalten könne, noch nicht reif sei.

Abwägung der Oppositionspresse in Rumänien. Unser Czernowitzer Bruderblatt schreibt: Vor einigen Tagen ist in Bukarest die letzte Nummer einer Zeitung erschienen, die im Rumänien der Liberalen das härteste und radikalste Blatt anorgan war. Die „Aurora“ das Organ der Bauernpartei. Sein Hauptkampf galt den Liberalen und es hat diesen Kampf immer mit Energie und auch mit Aufopferung geführt. Aber nicht nur in dieser Beziehung hat sich die „Aurora“ ein Verdienst um den politischen Fortschritt in Rumänien erworben. Sie hat auch positiv für die Demokratie und im demokratischen Geiste gewirkt und ihre Haltung gegenüber der Arbeiterschaft war immer einwandfrei. Nun der finanzielle Schwereigkeiten, die ein Parteiblatt zu überwinden hat, nicht mehr gewachsen war, weil sie die Konkurrenz der großen Geschäftsblätter, die auf der einen Seite sich demokratisch gebärden, auf der anderen aber den liberalen Ministern schmeicheln, nicht ertragen konnte, wolle sie ihren Kampf nicht opportunistische Phrasen losfordern, sondern Kampf und Widerstand. Darum müssen auch die Sozialdemokraten in Rumänien, so schlecht unser Bruderblatt, „das Verächter der „Aurora“ beklagen. So große Gegenstände die Arbeiter von den Sozialisten trennen und so viele Fehler das Blatt auch hatte. Und sie müssen es um so mehr, als die „Aurora“ letzten Endes ein Opfer der Liberalen ist, welche die Papierpreise durch Schutzzölle und Vertreibung der Fabriken in die Höhe trieben. Um so der oppositionellen Presse das Erscheinen unmöglich zu machen.“

Von einem Mädchen bei der Abwehr von Zudranglichkeiten erlöset. In einer Wiener Gastwirtschaft kam es Mittwochabend zu einem Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch nicht vollständig aufgeklärt ist. Die 23jährige Küchengehilfin Katharina Fiala war zum Zwischenschneiden beschäftigt, wozu sie ein kurzes scharfes Messer benötigte. Der bei dem Gastwirt als Volontär angestellte 16jährige Rodolfo Emilio war angeheitert, trat auf die Köchin zu und umfing sie. In der ersten Darstellung des Vorfalls wird nun gesagt: Die Küchengehilfin, die fürchtete, der junge Mann werde sich in seinem Kaufsbegehren „Zärtlichkeiten“ erlauben, wich ihm aus. Er verlor dadurch den Mut und fiel so unglücklich, daß er im Falle von dem scharfen Küchenmesser getroffen wurde. Bewußtlos blieb er liegen. Die Rettungsgesellschaft leitete ihm Hilfe und brachte ihn in das Wiedener Krankenhaus. Dort ist er bald nach der Uebergabe gestorben. Er hatte einen Herzschlag erlitten. Auch durch eine Wundschmerzmittel in der Küche weichte, erwiderte es festgestellt, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handelt. Die Staatsanwaltschaft wurde verständigt und die gerichtliche Leichnamuntersuchung beantragt. In einer weiteren Darstellung wird gesagt, die fortgesetzten Erhebungen hätten ergeben, daß es sich um keinen Unfall handeln dürfte. Emilio soll keineswegs angeheitert gewesen sein, wie der Gastwirt freudig angeben hatte. Als er sich der Küchengehilfin gegenüber Zärtlichkeiten erlauben wollte, soll ihm diese zugewiesen haben: „Wenn du mir keine Ruhe gibst, soch ich dich unarmberzig nieder!“ Als der junge Mann trotz alledem nicht von ihr weggehen wollte, hat sie, ohne sich umzusehen, mit dem Küchenmesser, mit dem sie gearbeitet hatte, nach ihm geschlagen, um ihn abzuwehren, und hat ihn dabei in das Herz getroffen. Emilio hat auch nachher ausgerufen: „Sie hat mich gestochen!“ Die Fiala wird der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Explosion bei der Nasose. Ein ungewöhnlicher Zwischenfall ereignete sich kürzlich im städtischen Krankenhaus der Via S. Maria. Man benutzte dort zur Nasose der zur Operation eingelieferten Kranken das neuentdeckte „Narcotin“, das fast die gleiche chemische Zusammensetzung wie das „Nektin“ hat und mit diesem auch die Feuergefahr teilt. Während einer der Wärter den Narcotin-Apparat vom Unterleib eines auf dem Operationstisch liegenden Patienten entfernte, erfolgte plötzlich eine Explosion. Dabei geriet die Maske, die der Patient auf dem Gesicht trug, in Brand, und die Flamme breitete sich rasch über das Gesicht des Kranken aus. Bei dem Anfall der Explosion hatten sowohl der operierende Arzt wie die assistierenden Wärter den Kopf so vollständig verloren, daß sie eiligst die Fäden ergriffen. Die Schweizer Blätter, die über den Fall berichten, melden nicht, was aus dem unglücklichen Patienten geworden ist.

Zwölf Pferde verbrannt. In einem Stallgebäude in der Wangelstraße in Berlin, brach in einer der letzten Nächte Feuer aus. Als die Feuerwehr eintraf waren bereits alle in den Ställen befindlichen 12 Pferde ersticht und in den Flammen umgekommen. Das Stallgebäude brannte bis auf die Umfassungsmauer nieder, und nur mit Mühe gelang es einen Ueberrest des Feuers zu ver löschen.

Eine Zeitschrift für deutsche Wissenschaft in China. Die chinesische „Geocure Association“ die in jüngster Zeit einige hervorragende deutsche Gelehrte zu Vortragenden ins Reich der Wissenschaft eingeladen hat, beabsichtigt eine Zeitschrift zu gründen, die die Arbeiten der deutschen Wissenschaft in Übersetzung den interessierten chinesischen Kreisen vermittelt. Da deutsche Gelehrtsamkeit und deutsche Literatur in China immer mehr Beachtung finden so glaubt die Gesellschaft, die dieser Zeitschrift ihre Beiträge zu übermitteln, mit auf eine Verknüpfung europäischer und chinesischer Geisteslebens hinarbeiten.

Wetterüberblick vom 5. Dezember. Am Donnerstag herrschte im ganzen Staatsgebiete milde, neblig und regnerisches Wetter. Die größten Regenmengen meldet: nach 10 Brünn und Olmütz 11, Wiedenswert 15 und Troppau 19 Millimeter Wasserwert. Die Nachmittagstemperaturen hielten sich in Böhmen zwischen 4 und 6 Grad Celsius, in der Slowakei erreichten sie stellenweise 10—11 Grad Celsius.

Die nordeuropäische Kältemasse ist bereits bis Polen vorgerückt. Westeuropa dagegen steht bis zur Nordsee unter Einwirkung der Ausläufer einer neuen Tiefdruck bei Island erschienenen Depression und hat neue Erwärmung mit Regenfällen gebracht. — Wahrscheinlichste Wetter von heute: Besten der Republik: Wechsel bis vorwiegend bewölkt, Neigung zu Schauern, Temperatur zunächst wenig geändert. Osten der Republik: Abnahme der Bewölkung, weitere Abkühlung, Nachfröste.

Humor.

Durchlaucht geht wählen.

„Durchlaucht, der Weinhandler!“
„Arenat kann warten! Mir in jedem Ton zu schreiben. Kanaille wird immer schlimmer. Jean, erst wähle ich!“
Durchlaucht klemmte das Monokel, warf sich in den Sessel und ließ anspannen, obwohl es nur zehn Minuten weit zu gehen war. In Wahllokal beachtete ihn kaum ein Mensch und der Wahlleiter behandelte ihn wie einen ganz gewöhnlichen Menschen.
Durchlaucht zitierte und schaute, ein den Mantel auf und zog aus der Rocktasche eine Zigarette. Er sah in den Wahlumschlag, um ihn während in die Urne zu werfen.
In Hause tobte er.
„Acht soll kommen!“
Der Weinhandler trat ein.
„Was erlaubt er sich — mit in solch impertinentem Ton zu schreiben, er brauche sein Geld, habe lange genug gewartet... Was, das hat er nicht getan? Da —“
Vorbedenklich er aus der Rocktasche den — deutschnationalen Stimmzettel.
Die große Rechnung steckte in der Urne.
Worauf Durchlaucht in Ohnmacht fiel.
(„Lachen links“.)

Kleidung.

Von T. F. Klein.

Es ist Torheit zu sagen, der Grad der Körperverhärtung lasse allein oder doch in erster Linie die tatsächliche Höhe eines Volkes erkennen und diese kann man sich behaupten, daß das weibliche Geschlecht der Kulturvölker der Frage nach Schmutz und Kleidung ungleich teilnehmender gegenübersteht, als die Männerwelt. Bei den Naturvölkern ist aber dieses Verhältnis gerade umgekehrt.

Dort tragen die Frauen viel weniger Schmutz und Kleidung, als die Männer. Bei den Papua, vielleicht der schmutzigsten Menschenrasse, geben viele Stämme ohne Kleidung, oft auch ohne den Lendenschurz Dunkelhäutige Völker empfinden die Notwendigkeit einer Umhüllung viel weniger als hellhäutige. Die dunkle Farbe läßt und eben den Eindruck des Nackten oft ganz vergessen machen. Bei den meisten Indianern galt die Hautbemalung als vollwertiger Ersatz der Kleidung, bei anderen die Tätowierung. Andererseits dient die Kleidung oft nur dem Schutzbedürfnis gegen Kälte oder der Schmutzlucht. Die im dichten Belz gehüllten Eskimos gehen in ihren genügend warmen Eishütten splitternd umher. Ueberhaupt den in seine Zappa (eine Art Mantelkleid) gehüllte Polynesier ein Regenmacher, so wickelt er die kostbare Kleidung schnell zusammen nimmt sie unter den Arm und setzt gemächlich, wenn auch nackt, seinen Weg fort.

Wo man aber die Kleidung mit dem Sittlichkeitsgefühl in Verbindung bringen kann, da wechseln die Körpertheile, die man nach Landesart verhalten muß. Auf den Samoainseln ist es der Nabel, auf den Polynesiern ist es wieder ein anstandslos, den Kopf zu bedecken. Die Türkinnen verhalten ihre untere Gesichtshälfte, die Araberinnen wickeln das ganze Gesicht ein. Karl v. Frisch traf in Marokko weibliche, den besseren Ständen angehörige Einwohner, die bei seinem Herannahen ängstlich das Gesicht verhalten, dazu aber eine Haltung einnahmen, die, an sich nicht sühnlich, bei uns für sehr ordinär gehalten wird. Ueberhaupt, als die Rückseite ganz entblößt wurde.

Geschlechtliche Sittlichkeit und Kleidung hatten ursprünglich nichts miteinander zu tun. Als Kleidungsstücke oder Stoffe dienen dem Menschen die Materialien des Tier- und Pflanzenreiches. Felle größerer und kleinerer Tiere wurden dazu verwendet. Baumrinde und ähnliche. Die bei den Polynesiern verwendete Toppa ist nichts weiter, als die weich gestopfte Rinde des Papiermahlbeerbaums; eine Technik, die ihr Gegenstück findet in dem Breiten der tierischen Wolle zu Filz. Noch höher steht die Kunst der Weberei, denn sie ist aus der des Flechtens entstanden. Im rauhen Klima findet man enganliegende Kleider, die aus schlechten Wärmeleitern hergestellt sind, daher sind in Juncorasten und hohem Norden bei beiden Geschlechtern Hosen, doppelte Schuhe, Strümpfe usw. zu finden. Die Tracht in tropischen Klimaten hingegen ist am dürftigsten entwickelt. Dort fehlt oft alles die Barrua z. B. helfen sich mit einem primitiven Schutz aus Pflanzenfasern. Jedoch sichern sich auch Naturvölker beim Variieren gegen scharfes Gesicht und Schlangenbisse durch Fußbekleidung. Die trockene Wüstenluft durchsuchten die Saharavölker vor dem Einatmen durch die selbstausgeretete feuchte Luft, die sich in ihrem Uterus und dem baumwollenen Brustschutzhilf fängt. Im allgemeinen wird die Tracht immer reicher (zum Schaden der Männer), je mehr die Kultur fortschreitet. Im Innern von Borneo sind die Einwohner ganz nackt, an der Küste tragen die Bewohner prachtvolle Gewänder, dazu tragen sie reichen Schmuck. Betrachten wir die heutige Kleidung ihrer Bedeuten in der Großstadt. Seit dem Abend der ein Kleid, das ein Vermögen kostet, hat Platz in einer Streichholzschachtel. Sie zieht sich den ganzen Tag an um am Abend einige Stunden zu prunkeln. schmutzig und gepudert, pfuscht sie der Natur ins Pandemonium. Gerade daran hat nur der Hebräer solcher Mittel. Der eigene Mann muß zufrieden sein, wenn sie ihm eine Minute im Tag schenkt.

Volkswirtschaft.

Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen.

Wir haben bereits kurz berichtet, daß die reichsdeutschen Gewerkschaften hinsichtlich von der deutschen Regierung zu den Handelsvertragsverhandlungen der bezüglichen Forderungen der reichsdeutschen Gewerkschaften war nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Die Regierung wird nunmehr Sachverständige nicht nur aus dem Kreise der Unternehmer sondern auch aus dem der Gewerkschaften heranziehen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden besser als die Unternehmer-vertreter die psychologischen und sozialpolitischen Weltfaktoren, die im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt von Tag zu Tag eine wichtigere Rolle spielen, bei den Verhandlungen im Auge behalten.

Das Entgegenkommen der deutschen Regierung den Gewerkschaften gegenüber ist vollständig die wirtschaftspolitische Rückständigkeit der tschechoslowakischen Regierung. Der gewöhnlichen Regierung in der Tschechoslowakei fällt es nicht in geringsten der bei den Handelsvertragsverhandlungen eine Verbindung mit den Gewerkschaften auch nur zu suchen, während vor dem Abschluss jedes Handelsvertrages die Vertreter der Regierung sich mit den Industriellen stets ins Einvernehmen setzen. Die Zentrale der Handelskammern hat die Vorbereitung aller Handelsverträge geradezu monopolisiert, die Vertreter der Regierung gehen in den Versammlungen der Industriellen und berichten dort — so ist vorerst im Industriellenverband der Handelsvertragsunterhändler Ing. Dvořák erschienen, um über den mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag zu berichten — während die Gewerkschaften bei den Handelsvertragsverhandlungen einfach links liegen gelassen werden. Das geschieht, obwohl in der deutschen Regierung, welche die Gewerkschaften bei Handelsvertragsverhandlungen heranzieht, kein Vertreter der Sozialdemokratie sitzt, während in der tschechoslowakischen Regierung drei tschechische Sozialdemokraten und zwei Nationalsozialisten sitzen. Es wäre notwendig, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie sich mit dieser Angelegenheit befaßt und die Regierung zwingt, den Gewerkschaften einen gewissen Einfluß auf den Abschluss von Handelsverträgen zukommen zu lassen.

Dabei wollen wir gar nicht davon reden, daß seit mehreren Jahren ein Wirtschaftsbeirat existiert, der in die Handelsvertragsverhandlungen überhaupt nichts hineinreden hat und wahrscheinlich nur dazu dient, eine Staffage für das Ausland abzugeben. Der Wirtschaftsbeirat ist das natürliche Forum, wo Handelsvertragsverhandlungen vorbereitet werden könnten. Die tschechoslowakische Regierung macht es sich bequem. Ihr genügen die Unternehmer und Handelskammersekretäre vollkommen als Sachverständige.

Kartellkapitalismus.

Schon seit einigen Jahrzehnten übt die Schwerindustrie in Europa einen gewaltigen Einfluß aus, die Schwerindustriellen sind in vielen Staaten zu den Führern der Industriellen überhaupt und damit auch zu wichtigen politischen Machträgern geworden. An der Entstehung des Weltkrieges trägt die Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs ihr gerüttelt Maß von Schuld. Seit einigen Wochen nun sind Bestrebungen im Zuge, die Interessen der Schwerindustrie mehrerer Staaten Mitteleuropas, es handelt sich in erster Linie um Deutschland, Belgien und Luxemburg, unter einem Hut zu bringen. Ein solches Kartell würde nicht nur die genannten Staaten, sondern selbstverständlich auch die Tschechoslowakei, Oesterreich, Südslavien und Polen umfassen. In der tschechoslowakischen und polnischen Schwerindustrie ist französisches Kapital beteiligt, die tschechoslowakische Eisenindustrie steht in Verbindung mit der österreichischen und russischen, so daß dieser Kartell fast ganz Europa umfassen würde. Auch an eine Verbindung mit der englischen Schwerindustrie wird gedacht. Es ist also ein gewaltiges Kartell im Entstehen begriffen, welches wirtschaftlich von großer Bedeutung wäre und der gesamten weiterverarbeitenden Industrie und damit letzten Endes den Konsumenten die Preise diktiert könnte. Aber auch politisch würde das Kartell von großer Bedeutung sein, da es auf die Beziehungen von Staaten einen großen Einfluß ausüben und versuchen würde, die Staatspolitik der Länder seinen Interessen unterzuordnen. Die Bildung dieses großen Schwerindustriekartells zeigt, daß der Kapitalismus in die Aera großer internationaler Kartelle und Trusts eingetreten ist, was auf die Politik und Wirtschaft Europas einen nachhaltigen Einfluß ausüben wird.

Der Einfluß der Besetzung und Temperatur auf den Produktionsvertrag. Eine Sachverständigenkommission der englischen Arbeiterpartei beschäftigte sich in ihrem jüngst veröffentlichten erscheinenden Gutachten über die Produktion auch mit dem Einfluß der verschiedenen Arbeitsbedingungen auf die Ergebnisse der Produktion. Die Wirkungen der Besetzung, Lüftung und Temperatur auf den Produktionsvertrag sind nicht genau bekannt. Man würde kaum denken, daß bei Tagelohn um zehn Prozent mehr Licht, sonst würde man mehr Gewicht auf Einrichtungen legen, die den Zugang des natürlichen

Lichts zu den Arbeitsstätten erleichtern. Es werden amerikanische Versuche mitgeteilt, deren zufolge sich die Produktion durch verbesserte Beleuchtung in dem einen Fall um 3 bis 27 Prozent, im zweiten um 15 Prozent, im dritten um 20 bis 35 Prozent, im vierten um 12 Prozent gehoben hat. Die dadurch verursachten Mehrkosten betragen 5 Prozent, 5,5 Prozent, im letzten Fall 1,2 Prozent der gesamten Lohnaufwendung. Bei künstlichem Licht erfolgen nach Feststellungen der Gewerbeaufsicht um ein Viertel mehr Unfälle als bei natürlichem Licht. Auch gibt es eine Anzahl von Methoden zur Verbesserung und Entsprechung der Anordnung des künstlichen Lichts. Besonders groß ist der Einfluß der richtigen Lüftung und Temperatur. In den im Gutachten angeführten Fällen war der Ertrag während der heißen Zeit oft um 30 Prozent geringer als während der kältesten. Durch entsprechende Ventilation konnte der Unterschied beinahe gänzlich, vielleicht bis auf 2 Prozent ausgeglichen werden. Die mittelbaren Schäden der schlechten Beleuchtung, Ventilation usw. äußern sich durch vermehrte Erkrankungen. Die Untersuchungen ergaben für die Arbeiter in Weißblechbetrieben, wo die Temperatur ohne zwingende Notwendigkeit besonders ungünstig war, eine zwei bis fünffache Empfindlichkeit für Rheumatismus wie in anderen Betrieben. Der Einfluß des Wärmes auf die Leistungsfähigkeit ist nicht weniger groß; es wird über einen Fall berichtet, wo eine Arbeiterin bei ihrer Arbeit, die viel Aufmerksamkeit beanspruchte, nach Verlegung an einen ruhigeren Arbeitsplatz 25 Prozent mehr als früher zu leisten vermochte.

Einigung im Konflikt der Wiener Telegraphenangestellten. Bei den Verhandlungen des Zentralausschusses der Telegraphen- und Telefonangestellten in Wien mit den Vertretern der Generaldirektion für Post- und Telegraphenwesen wurde in einigen Punkten eine prinzipielle Einigung erzielt. Einige wichtige Forderungen werden heute vormittags fortgesetzt.

Tschechische Siedler nach Russland. Die Regierungskommission Sowjetrusslands für das Auswanderungswesen bestatigte, in Gemeinschaft mit dem Volkskommissariat für Landwirtschaft und mit der landwirtschaftlichen Kommune in Kladno abgeschlossenen Vertrag betreffend die Verpachtung zweier Sowjetlandwirtschaften im Nordkaukasus in einer Fläche von 1200 Desjatinen. Den Mitgliedern der Kommune wird der Eintritt in die ZSRK gestattet.

Der Wärmeverbrauch der Arbeiter in den verschiedenen Berufsgruppen. Die Forschung für die Biologie der Arbeit beschäftigt sich auch mit der Feststellung der Kalorienmengen (Mengen der Wärmeinheiten), die bei der Arbeitsverrichtung verbraucht werden. Der Wärmeverbrauch ist bei den einzelnen Arbeiter sehr verschieden. So wurde zum Beispiel festgestellt, daß die Sandnäherrinnen 34 bis 39,4, die Maschinennäherrinnen 24 bis 49,6, die Buchbinder 81,5, die Mechaniker 92,3, die Metallarbeiter 137 bis 145, die Steinarbeiter 286 bis 314, die Sägearbeiter 370 bis 406 Wärmeinheiten pro Stunde verbrauchen. Die Arbeiter mit großem Wärmeverbrauch dürfen von diesem Gesichtspunkt aus gesehen nur für kurze Zeit beschäftigt werden, wenn ihre Gesundheit nicht leiden soll. Auch muß der Wärmeverlust durch entsprechende gute Nahrung ausgeglichen werden. Der Anspruch dieser Berufsgruppen auf erhöhte Löhne ist aus diesem Grunde berechtigt.

Gerichtssaal.

Raubbau an der Arbeitskraft von Steinbrechern.

Zu Jagdsdorf bei Wgstadt (Schlesien) wird ein Steinbruch — eine Kalksteinkalustschicht — ausgebeutet. Die Arbeiter dieses Steinbruchs führen seit jeher Kämpfe gegen die miserable Entlohnung und laufen nebenbei noch Gefahr, bei der Arbeit ihr Leben einzubüßen. Die Ursache hiezu liegt in dem schonungslosen Raubbau an der Arbeitskraft der Arbeiter und an dem Bruch selbst. Durch diese Arbeitsmethoden ist am 30. September der Arbeiter Karl S t a b e l schwer verunglückt und hätte bald sein Leben eingebüßt.

Vor Gericht hatte sich jetzt der 66 Jahre alte Steinbruchbetriebsleiter Florian S p e r l zu verantworten, dem zur Last gelegt wurde, nicht die notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen zu haben, um Unfälle im Steinbruch zu verhindern. Schon mehrere Tage vor dem 30. September lösten sich in der Höhe von 20 Metern im Steinbruch verwittertes Gestein los und kollerte gegen die Arbeiter herab. Man machte den Betriebsleiter nergends darauf aufmerksam. Am 30. September lösten sich wieder eine Menge kopfgroßer Steine los. Die meisten Arbeiter bemerkten dies und brachten sich in Sicherheit. Dem Karl S t a b e l fiel ein solcher Stein auf den Arm und schlug ihn zu Boden. Stabel wurde dann von dem folgenden Steingeröll teilweise verschüttet und sehr schwer verletzt.

Der Sachverständige gab bei der Verhandlung an, daß in dem Steinbruch nicht einmal die primitivsten Vorsichtsmaßregeln herrschten. Stattdessen terrassenförmig abgetragen, das Geröll nicht weggerräumt — Zum Schluß schob man die Schuld an dem Unfall noch auf den verunglückten Arbeiter, der zu wenig aufpaßt (!) habe.

In der ersten Instanz wurde Florian S p e r l zu 500 K Geldstrafe, oder fünf Tagen Arrest verurteilt. Dagegen legte der Angeklagte Berufung ein, die aber vom Verurteilungsgericht abgewiesen und das Urteil der ersten Instanz als zu Recht erkannt wurde.



Zu Weihnachten ELIDA Parfumerie - Waren

- ELIDA Seifen
- ELIDA Shampoo
- ELIDA Zahnkreme
- ELIDA Eau de Cologne
- ELIDA Shaving Stick
- ELIDA Hautkreme
- ELIDA Parfums
- ELIDA Puder

Prachtvolle Weihnachtskassetten.

Mitteilung aus dem Publikum.

Stodk Brandy Medicinal.
garantiert echtes, reines Weindestillat.
Neue Bezeichnung - alte, erstklassige Qualität.

An Nervosität und Kopfschmerzen Leidende!
Eine Massage mit Diana Franzbranntwein erfrischt,
um Ihre ermüdende Tagesarbeit fortsetzen zu können.

Die Tierbücher von Svend Fleuron.^{*)}

Von Anna Rufbaum.

Sie gehören zu den ganz wenigen, die einen mit großer, warmer Freude erfüllen. Der starke Atem der Natur weht aus ihnen, ein so inniges Verständnis für das Tiersein, so vollständiges Sich-Einleben, frei von jeder menschlichen Begünstigung und Ueberheblichkeit, daß es scheint, als wäre der Autor selbst von der Klasse dieser Angebrochenen. Ohne falsche Scham, ohne Beschönigungswollen zeigt Fleuron die Tiere in ihrem Naturrauschen. „Frisch, damit du nicht gefressen wirst“. Erschreckende, aber heilsame Wahrhaftigkeit. In lange hat uns, unsere Kinder Schönsärberei auf allen Gebieten des Lebens umgarnet, die nichts mit dem wirklich Geschehenden zu tun haben. Ist es nicht gesünder, der Wahrheit ins unerbitliche Antlitz zu sehen, das Leben so befehen zu lernen, wie es nun einmal ist? Der dänische Dichter ist weit entfernt von jener sentimentalischen Auffassung der Natur, die durchaus beweisen will, daß nur Friede und Friedeliebe in ihr herrsche. Schonungslos zeigt er uns furchtbaren Kampf, auf dem sie gegründet ist, fortwährendes Sichwehren des Schwachen gegen den Stärkeren. Und er blickt so tief, umfaßt so weit, daß mit dem kosmischen Uebergreifen uns zugleich auch Lebenskraft wird, nötig, uns zu befehen.

In der Geschichte von der Frau Strix erzählt er uns Leben, Entwicklung und Tod des gewaltigen Vogels, der mit dem Wald zusammenwächst, eins wird und mit ihm stirbt, nach einem achtzigjährigen unausgesetzten Raub und Werdung, von dem Vordringen des Urfeind Mensch besiegt. Aus dem Dunkel der Nacht schöpft Strix weise Vorsicht, durchdringende Sehkraft, ihre ungeheuren Fänge haben sich in größte wie in kleinste Beute, ihre weiten Flügel rauschen wie die Blätter der Bäume. Nur in tiefster Einsamkeit, wenn sie die Stille des Waldes hören kann, wird ihr Gefühl des Lebens. Jede Berührung mit dem Menschen bringt ihr Verderben, aus dem sie sich immer kraft ihrer Fähigkeiten rettet. Nicht durch Menschenhand soll der Urvogel sterben. Nachdem Strix nach Herzenslust gewürgt, gekröpft, geliebt, gezeugt hat, überkommt sie der Todessehnsucht, als sie gerade dabei ist, letzte Nachsicht an dem Leichnam des verhassten Menschen zu fassen und „mit bebenden Flügeln schüttelt Strix das Leben von sich“.

Auch Schnod, der Hecht, gehört zu den großen Mörder, die, frei von Gessen, ihr Leben leben, wie die eingeborene Natur es will. Aus einem kleinen schwachen Tier frisst er sich zu

einem Ungeheuer aus, dem Schrecken der ganzen Umgebung. Er wird der Märchenhecht, von dem die Bauern und Fischer mit angstzitternder Stimme abends am Herdfeuer erzählen. Und das Schicksal will, das Schnod, der Ueberfluge, in die Schlinge eines Knaben fällt und so unruhnlisches Ende findet.

Vier junge Füchse verlieren ihre Mutter und werden von einem alten Fuchs erzogen, mit dem sie zusammen auf „die Arbeit“ gehen. Jeder von ihnen ein Charakter. Nicht wie bei den Alten, Aesop und Phaedrus, und den französischen Fabeldichtern La Fontaine und Florian, bei Lessing, oder bei Kipling, menschlicher, sondern durchaus tierischer Charakter. Auf das gerichtet, was ihnen am nächsten und wichtigsten ist. Tägliche Speise so gut und schmackhaft und reichlich als möglich, „Warmes Blut, keine kalten Braten“, fortwährendes Aufpassen und Zischhüten vor größeren Tieren und vor allem vor den „Geächteten“, den Menschen, die so widerlich riechen. Der Käufer mit den hohen Beinen, der Schächter, der es versteht, sich so zusammenzuknallen, daß er geradezu zum Wärme wird und sich an dem Blute der Gemordeten heiß und toll trinkt, Wagemut der Draufgänger und Lüge, der immer klein gebliebene schwächliche mit den großen, gierigen Augen. Sie alle führen in den Wäldern ein prächtiges Fuchsdasein mit wechselndem Glück. Stark durch Zusammenhalten, die Koppel. Aber die Gesichter breiten sich aus, die ganze Natur spricht nur von ihnen. „Sie rauen überall hin, griffen überall ein, wollten überall herrschen. Kräuter und Pflanzen rings in den Gräben, die Bäume, die sich auf den Wäldern Platz zum Wachsen erbetteln mußten, die zahmen und die wilden Tiere, sie alle waren mit den Gesichtern beschäftigt. Auch sie kommen in Koppel. Und nach langem harten Kampfe werden sie Herr der Fische — alle fahren dahin, sogar der Uralte, der Starke und Weise. Nur einer rettet sich durch das, was auch Menschen rettet: das Weibchen, der Schächter. Und im Frühling, da heiße Sonnenstrahlen die schönsten wilden Blumen hervorlocken, zarte Grashalme im Winde atmen und die Lerchen, die „herrlichen frischen Sänger des Nordens“, hoch oben in blauer Luft mit schmetterndem Jubelschrei das neue Leben verkünden, zieht der Schächter, „Bonnie in seinem Sinn und namenlose Kraft in seinen Gliedern“, in einen andern Wald, sich eine Gefährtin zu suchen.

Wie Fleuron für die großen Tiere der Wildnis starke Worte findet, aus denen es wie Blut, Dampf aufsteigt, so hat er zarte, kindliche Töne voll Einfalt und drolliger Lustigkeit für jene, die das Schicksal gezähmt in der Nähe der Menschen aufwachsen läßt. Sein Meister Lampe ist noch Waldtier, aber voll heiterer Philosophie und Bildung. Kask, das im Kopenhagener Wildpark erzogen wird, hat viel von seiner ursprünglichen Art verloren und seine Mutter, in der noch Andenken an die Freiheit lebt, versucht, es zur Selbständigkeit zurückzuführen.

Eines der reizendsten Bücher ist die Lebensgeschichte des Dackels Schnipp Hidelius Adelszahn, der während seiner Laufbahn mit so verschiedenen Menschen zusammenkommt, sie alle durchschaut, sie mit allen ihren Fehlern liebt, und im Grunde hoch über ihnen steht. Denn in seinem komischen, kleinen Körper lebt ein durchaus ehrenhafter ernsthafter Sinn, ein neues Herz. Wohl kann er dem Urinstinkt nicht widerstehen, macht Seiten- sprünge in die wilde Freiheit des Waldes, kehrt aber immer wieder zu den Menschen zurück, die er nachsichtig „die großen und kleinen Pfuis“ nennt (dies Wort hat er am häufigsten von ihnen

zu hören bekommen). Vor seinem Tode ziehen sie in Biffonen alle an ihm vorüber, und mit dem Gedanken an das kleine Mädchen, das ihn bei seiner Geburt willkommen geheißt, stirbt er „nach einem langen Leben glücklichen Wirkens, erfüllt von der Leidenschaft, die ihm zuteil ward.“
Es wäre sehr zu wünschen, daß die Bücher Fleurons in guten Volksausgaben weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden.

Das Reptil.

Du, Leser der bürgerlichen Presse, fütterst und nährst das Reptil, das deinen Geist vergiftet, deinen Blick trübt.

Du bist mitschuldig, wenn es in ungebrochener Kraft die öffentliche Meinung verfeucht.

Wirf den Schädling aus deiner Wohnung!
Du brauchst bessere geistige Nahrung. Die sozialdemokratische Presse verschafft sie Dir. Deshalb lies:

Den „Sozialdemokrat“!

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Landskron, Sonntag, den 21. Dezember, um halb 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Landskron Bezirkskonferenz; Tagesordnung: Berichte. Politische und wirtschaftliche Zeitfragen, Neuwahlen der Bezirksleitung. Neuwahlen des Bezirksbildungsausschusses und Bildungswesen.

Der Film.

„Die Elbentönigin“ wird wegen des großen Erfolges im Bio Orient unwillkürlich um eine Woche verlängert. (3105)

Kunst und Wissen.

Gastspiel Throlt. (Das grobe Gemd.) Das Volksstück von Karl Weich, das auf den Bühnen immer wieder einmal auftaucht, wurzelt ganz in der Kleinbürgerlichen Welt des Vorkriegsmilieus. Es ist sentimental und behandelt die soziale Frage von einem schon arg spießbürgerlichen Standpunkt. Soweit es aber Charakterdrama ist, hat es doch einen Schuß Augengruberschen Geistes und wirkt kräftig, wenn ein Künstler es versteht, die dramatischen Effekte aus dem Stoff zu holen. Throlt ist mit seinen siebzig Jahren jung und elastisch genug, um die Last eines Stückes noch allein zu tragen. Seine Leistung konnte begeistern. Bis in die kleinsten Feinheiten hat er die Rolle durchgearbeitet und weder Müdigkeit noch Eifersucht des Alters zeigen sich in seinem Spiel. Es ist ein seltener Genuß, den greisen Künstler zu sehen, der wie kein zweiter beweist, daß gerade hohe Kunst zugleich ewige Jugend bedeutet. — Neben Throlt spiel von dem heimischen Ensemble besonders Herr Stadler auf, der eine starke Gabe der Charakteristik entwickelte. Aber auch sonst wurde sehr gut gespielt, von den Damen waren im besonderen Mila Kopp und Frau Longauer von den Herren Hans Olden zu nennen. Man kann den weiteren Gastspielen Throlts mit Spannung entgegensehen. C. F.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag Gastspiel Throlt „Großstadtluft“; Sonntag Gastspiel Throlt „Der Kuh“, abends „Rivolünigin“.

Spielplan der Kleinen Bühne: Heute Samstag „Clo-Clo“; Sonntag 3 Uhr nachm. „Illusionen“; abends Gastspiel Throlt „Großstadtluft“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner.

Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag

Für den Druck verantwortlich C. Gollh

Kuh & Kretsch
Erzeugung von
alkoholfreien Fruchtperlen 1488
Teplitz-Schönau

Kalla's
Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte
und ihrem feinen Geschmacke überall
bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Werbet bei jeder Gelegenheit für
Euer Parteiblatt den
„Sozialdemokrat“!

See in der Familie!

TEEKANNE
„der Gehaltvolle“
DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH
DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

*) Svend Fleuron: Strix, die Geschichte eines Urwald, Schnod, ein Hechtroman, die rote Koppel, wie Kask erzogen wurde, Hidelius Adelszahn, Schnipp Hidelius Adelszahn, Diederichs Verlag, Jena.